

Abonnements-Bedingungen:
Abonnements - Preis pro Nummer 10 Pfennig
Bismarck 1.50 RM, monatlich 1.50 RM
wöchentlich 60 Pfennig frei und Haus
Eingehende Nummer 5 Pfennig
Sonntags
nummer mit illustriertem Sonntag-
beilage „Die Neue Welt“ 10 Pfennig
Abonnements: 1.50 RM pro Monat
Eingehende in die Post-Verwaltung
Bismarck. Unter Anweisung der
Rechnung und des Reichs - Kassens
1.50 RM, für das Reichs - Kassens
4 Mark pro Monat. Bestellungen
nehmen an Belgien, Dänemark,
Schweiz, Italien, Luxemburg, Portugal,
Rumänien, Serbien und die Schweiz.

Gründet 1848.

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Die Insertions-Gebühr
beruht für die sechsstelligen Anzeigen
oder deren Raum 30 Pfennig. Für
politische und gesellschaftliche Anzeigen
und Berichterstattungen 20 Pfennig.
„Kleine Anzeigen“, das heißt
Anzeigen, die nicht mehr als 10 Zeilen
enthalten, jedes weitere Wort 10 Pfennig.
Einfachere und Scherzartikel
zahlen das erste Wort 10 Pfennig, jedes
weitere Wort 5 Pfennig. Worte über 15 Zeilen
zahlen für zwei Worte. Anzeigen
für die nächste Nummer müssen bis
5 Uhr nachmittags in der Expedition
abgegeben werden. Die Expedition ist
bis 7 Uhr abends geöffnet.

Telegraphen-Adresse:
„Sozialdemokrat Berlin“.

Redaktion: SW. 68, Lindenstraße 3.
Fernsprecher: Amt Moritzplatz, Nr. 151 90-151 97.

Sonntag, den 18. März 1917.

Expedition: SW. 68, Lindenstraße 3.
Fernsprecher: Amt Moritzplatz, Nr. 151 90-151 97.

Rußland ohne Zar.

Thronverzicht Michaels.

Ein kaiserliches Manifest, das die Petersburger Tele-
graphen-Agentur unter dem 16. März im Wortlaut verbreitet,
gibt den Entschluß des Zaren bekannt, die Krone nieder-
zulegen, auf die Erbfolge für seinen Sohn zu verzichten und
die Nachfolge dem Großfürsten Michael Alexandrowitsch zu
übergeben. Dieser Entschluß entspricht dem Willen der Duma
und hebt diese Uebereinstimmung auch ausdrücklich hervor.
Daraus entnommen werden darf, daß die Exekutive der
Duma die Feststellung des Wortlauts des Manifests beein-
flußt hat.

Um dies Manifest schwitzen aber Meldungen, die über
die Nachfolge Nikolaus' anderes wissen wollen, als die feier-
liche Urkunde des Zaren aussagt. Die Petersburger Tele-
graphen-Agentur teilte kurz vor der Veröffentlichung des Mani-
fests mit: „Der Kaiser hat dem Großfürsten Nikolaus
Nikolajewitsch das Oberkommando über die
Kaiserarmee übertragen. Großfürst Michael Alexandrowitsch
hat seinen Thronrechten entsagt. Der Minister
des Inneren Miljukow erklärt, seine Äußerung über die
einstweilige Regentschaft des Großfürsten Michael und über
die Thronfolge des Großfürsten Alexej hätte seine persön-
liche Ansicht wiedergegeben.“ Miljukow hatte nämlich am
Donnerstag vor den Vertretern der Entente-Agenturen Savas,
Kreuter, Associated Press und „Temps“ sich über die Revolution, ihren
Verlauf und ihr Ziel geäußert und dabei — laut offizieller
Petersburger Meldung — gesagt:

„Die neue Regierung erachtet als absolute Bedingung:
die offizielle Abdankung des Zaren und die ein-
seitige Übernahme der Regierung durch den Groß-
fürst Michael Alexandrowitsch. Dies ist ein Beschluß, der
unabänderlich erscheint.“

Daß Miljukow dieser energischen Fassung jetzt die Schärfe
abgeschleifen versucht, wird aus dem Wortlaut des Manifestes
entgegenwärtig verständlich. Der Schein soll gewahrt werden,
daß der Zar seine Krone freiwillig und einzig im Drange
patriotischer Hochherzigkeit niedergelegt habe.

Vielleicht aber wiederholt sich in Rußland jetzt, was vor
rund sieben Jahren unter russischem Einfluß etwas weiter
westlich in Europa geschah, als der Ausschuss eines Revolutions-
parlamentes einem Herrscher die Kaiserkrone anbot. Kann
ein Romanow sich eine Krone auf den Scheitel setzen
lassen, die durch „unabänderlichen Beschluß“ der Duma ge-
wissermaßen ausgezogen wird und an der also ganz zweifel-
los der „Lidergeruch“ der Revolution klebt? Es kommen
Meldungen von einer Weigerung, den Inhalt des Erbfolge-
Manifestes auszuführen. Dieß Miljukow etwa deshalb die
Abmilderung seiner Äußerung veranlassen?

Die Ansicht, daß die bisher übermächtige Schicht, die den
Zarismus stützte und nützte, sich trotz Petersburg noch nicht
endgültig geschlagen geben werde, drängt sich jedermann auf,
und wenn diese Schicht Gegenmienen ziehen wird, so werden
diese von den Linien des Heeres aus gegraben und zum
Anfalle gebracht werden. Wenn aber jetzt die Meldung zu-
trifft, die davon spricht, dem Manifest werde im Punkte der
zukünftigen Zarenperson die Hauptfackel, nämlich die Ausführung
der Thronübertragung — fehlen, so wäre das wohl als ein
Zeichen zu nehmen, daß die Arbeit der Gegenmienen schon im
Gange ist. Aus diesem Grunde hätte folgende Meldung ein
besonderes Interesse:

New York, 16. März. „Associated Press“ erfährt aus
Petersburg: Großfürst Michael hat am Freitag nachmittags
um 2 1/2 Uhr ebenfalls auf den Thron verzichtet.

Man muß diese Nachricht in Erinnerung an eine vor Be-
kanntgabe des Manifestes verbreitete Kreuter-Depesche vom
16. März bewerten, in der mitgeteilt wird, wonach Saw
habe im Unterhause am Ende einer Sitzung in Beantwortung
einer Anfrage erklärt: „Von der britischen Botschaft in Peters-
burg sei ein Telegramm eingelaufen, das feststelle, daß die
frühere Meldung von der Abdankung des Zaren und
der Ernennung des Großfürsten Michael zum Regenten nicht
ganz genau scheine. Die Abdankung des Zaren und
die Ernennung des Regenten seien noch nicht aus-
geführt worden, obwohl das Exekutivkomitee einen dahin-
gehenden Beschluß gefaßt habe.“ Sicherlich also hat es Hem-
mungen für den Regierungsausschuss gegeben.

Daß der Großfürst Michael sich geweigert hat, die Zaren-
würde anzunehmen, wird oder auch von anderer Seite ge-
meldet. Nach einer Londoner Nachricht geschah die Weigerung
„nach langer Ueberlegung“. In der „Frankfurter Zeitung“
liest man von einem Telegramm an die russische Gesandtschaft
in Bern, demzufolge der Großfürst die ihm anvertraute Re-
gierungsgewalt „in die Hände der Duma zurückgelegt“ habe.
Über dies ist wohl die Meldung, in der die gegenwärtigen
russischen Machthaber den Vorgang den Gesandtschaften mit-
geteilt haben.

Wenn es zutrifft, daß der Oberbefehl der russischen Heere
jetzt in den Händen des Großfürsten Nikolai Nikolajewitsch

liegt, der als abgegangener Feind der Duma zu betrachten ist, so
weiß man, wer die Drähte der Gegenrevolution spielen lassen
wird.

Nikolaus Abdankungsmanifest.

Petersburg, 16. März. Meldung der Petersburger Tele-
graphen-Agentur:

Kaiserliches Manifest.

„Wir, von Gottes Gnaden Nikolaus II., Kaiser aller
Russen, Zar von Polen, Großherzog von Finnland usw., tun
unseren treuen Unterthanen hierdurch folgendes kund:
In den Tagen des großen Kampfes gegen den äußeren Feind,
der sich seit drei Jahren bemüht, unser Vaterland zu unter-
jochen, hat Gott Rußland eine neue Prüfung schiden ge-
wollt. Innere Schwierigkeiten drohen eine verhängnisvolle
Nachwirkung auf den endgültigen Ausgang des Krieges aus-
zuüben. Die Zukunft Rußlands, die Ehre unserer Armeen,
das Glück des Volkes und die ganze Zukunft unseres teuren
Vaterlandes verlangen, daß der Krieg um jeden Preis bis
zum siegreichen Ende geführt wird. Der grausame Feind
macht seine letzten Anstrengungen und der Augenblick ist nahe,
wo unser tapferes Heer in Uebereinstimmung mit unseren
glorreichen Verbündeten den Feind endgültig zu Boden streden
müß.“

In diesen für das Leben Rußlands entscheidenden Tagen
sollten wir es für eine Gewissenspflicht unseres Volkes, die
enge Vereinigung und die Organisation aller seiner Kräfte,
um einen schnellen Sieg zu verwirklichen, erleichtern zu müssen.
Deshalb haben wir in Uebereinstimmung mit der
Duma des Reiches es für gut erkannt, der Krone des
russischen Staates zu entsagen und die oberste
Gewalt niederzulegen. Da wir uns nicht von
unserem geliebten Sohn trennen wollen,
übertragen wir unsere Erbfolge auf unseren
Bruder, den Großherzog Michael Alexandrowitsch,
den wir bei seiner Besteigung des Thrones des russischen
Staates segnen.

Wir beauftragen unsern Bruder, in voller
Uebereinstimmung mit den nationalen Ver-
tretern zu regieren, die geschmähten Ein-
richtungen aufrecht zu erhalten und auf sie
im Namen des vielgeliebten Vaterlandes einen unersch-
ütterlichen Eid zu leisten.

Wir fordern alle treuen Söhne des Vaterlandes auf, ihre
heilige Vaterlandspflicht zu erfüllen, dem Zaren im schweren
Augenblick nationaler Prüfungen zu gehorchen und ihm mit
den Vertretern des Volkes behilflich zu sein, den russischen
Staat den Weg des Glückes und des Ruhmes zu führen.
Gott segne Rußland!

Michael fordert Volksabstimmung.

Kopenhagen, 17. März. Rithaus Bureau meldet aus
Petersburg von heute: Großfürst Michael Alexandrowitsch hat
nachstehende Proklamation erlassen:

„Durch meines Bruders Willen wurde mir eine schwere
Aufgabe anvertraut, indem mir während eines Krieges ohne
Seitenhilfe und unter inneren Anrufen der kaiserlichen Thron
übertragen wurde. Befüllt von dem gleichen Gedanken, der
das ganze Volk erfüllt, daß das Wohl des Vaterlandes allem
vorangehe, sah ich den festen Entschluß, die höchste
Macht nur unter der Bedingung anzunehmen,
daß dies der Wille des Volkes ist, indem das Volk
durch ein

Rebiszit, ausgedrückt durch seine Repräsen-
tanten in einer konstituierenden Versam-
lung,

die Regierungsform und die neue Verfassung des russischen
Staates festsetzen muß. Indem ich den Segen des Höchsten
herabflehle, stelle ich also allen russischen Mitbürgern anheim,
sich der Regierung unterzuordnen, die auf Initiative der
Duma gebildet und mit aller Macht und Autorität ausgerüstet
ist, bis die durch eine allgemeine, direkte,
gleiche und geheime Abstimmung gewählte
konstituierende Versammlung durch ihren Be-
schluß über die Regierungsform den Volkswillen aus-
gedrückt hat.“

Der Zar in Pskow.

Amsterdam, 17. März. Nach dem „Allgemein Handelsblad“
meldet der Petersburger Korrespondent des „Daily Chronicle“
seinem Blatte, daß der Zar, als er in Wolosjka angehalten
wurde, sich nach Pskow begab, wo er sich mit einer kleinen Garde
noch befindet. Er wurde vor die Alternative gestellt, ent-

weder auf den Thron zu verzichten oder entthront
zu werden. Die Zarin befindet sich Jaroslawe Selo. Der Komman-
dant des Palastes hat dem Vertreter der Duma sein Ehrenwort
gegeben, daß die Zarin keinen Fluchtversuch unternehmen werde.

Volks Bureau bemerkt dazu: Ueber die Anhaltung des Zaren
in Wolosjka liegt hier bisher keine Meldung vor.

Das Programm
der neuen Regierung.

Petersburg, 16. März. (Meldung der Petersburger
Telegraphen-Agentur.) Die provisorische Regierung veröffent-
licht folgende

Proklamation:

Mitbürger! Der provisorische Vollgungsausschuss
der Reichsduma hat, unterstützt von der Garnison und
den Einwohnern der Hauptstadt, jetzt vollständig
den schädlichen Einfluß der alten Regie-
rung gebrochen, so daß er jetzt zur festen
Organisation der ausführenden Macht
schreiten kann. In diesem Augenblick ernennet der
provisorische Ausschuss folgende Minister des ersten
nationalen Kabinetts, deren frühere öffentliche und
politische Tätigkeit ihnen das Vertrauen des Landes
sichert. (Hier folgen die bereits gemeldeten Namen.) Die
neue Regierung will ihre

Politik auf folgenden Grundsätzen
aufbauen:

- 1. Allgemeine unmittelbare Amnestie
für alle Personen, die Verbrechen politischer oder reli-
giöser Natur begangen haben, darunter auch terroristische
Handlungen, Militärrevolten und Verbrechen gegen die
Landwirtschaftsgesetze.
2. Meinungs- und Pressefreiheit,
Vereins- und Versammlungsfreiheit so-
wie Streikrecht mit Ausdehnung dieser Rechte auf die
Militärpersonen innerhalb der Grenzen, die die mili-
tärlichen und technischen Verhältnisse gestatten.
3. Abschaffung aller auf sozialen, religiösen
und nationalen Gründen bedingten Einschrän-
kungen.
4. Unmittelbare Vornahme von Vorbereitungen zur
Einberufung einer konstitutionellen Ver-
sammlung, die auf dem allgemeinen Stim-
recht beruhend, eine Regierung einrichten und die
Verfassung annehmen soll.
5. Die Polizeieinstellung wird durch eine
Nationalmiliz mit gewählten Chefs, die
der Leitung der Selbstverwaltung unterstellt sind, er-
setzt.
6. Die Kommunalwahlen finden auf Grund
des allgemeinen Wahlrechts statt.
7. Die Truppen, die an der revolutio-
nären Bewegung beteiligt waren, sollen nicht
entwaffnet, sondern in Petersburg konfigniert
werden.
8. Abschaffung aller Einschränkungen
für die Soldaten hinsichtlich der sozialen
Rechte, die andere Mitbürger besitzen, doch nur unter
der Bedingung einer strengen militärischen Disziplin
im aktiven Dienst.

Die provisorische Regierung legt
Gewicht darauf, hinzuzufügen, daß sie nicht
beabsichtigt, den Kriegszustand zu
beenden, um die Durchführung der
oben genannten Reformen anzu-
schieben.

Die Forderungen der Arbeitervertreter.

Petersburg, 16. März. (Kreuter.) Die Arbeiter-
vertreter im Exekutivkomitee der Duma haben eine Ueber-
einkunft erzielt, daß eine konstituierende Versam-
lung einberufen werden soll, die auf der Grundlage
des allgemeinen Wahlrechts zu wählen ist.

Petersburg, 17. März. (Kreuter.) Der Justizminister
Kerenski sagte in einer Ansprache an Arbeiterdelegierte,
er sei zwar in die provisorische Regierung
eingetreten, aber er bleibe doch, was er früher gewesen
sei, nämlich Republikaner.

Eine Revolution durchführen — das heißt, an die Stelle einer alten Unordnung eine neue Ordnung setzen. Was dazwischen liegt, ist nur Mittel, nicht Zweck. Das geschichtlich Große an den Vorgängen des März von 1848 liegt nicht darin, daß in den Straßen von Berlin Preußen auf Frankreich schossen, daß Häuser angezündet und Barricaden errichtet wurden, sondern es liegt darin, daß das Volk Unerschrocken wagte und sein Leben aufs Spiel setzte, um eine neue Ordnung zu gewinnen, ohne die es erstirbt und verfaulend wäre.

Der deutsche März von 1848 ist nur ein Glied in einer Kette weltgeschichtlicher Ereignisse, die weit in die Vergangenheit zurückreicht und alle Völker Europas umspannt. In seine Ahnenreihe gehören die englischen Revolutionen von 1649 und 1688, die große französische Revolution, die Pariser Erhebungen vom Juni 1830 und vom Februar 1848. Von Paris sprang der Funke zündend nach Wien und nach Berlin über. Erst nach Jahrzehnten begann auch für Rußland die Ära der unisonischen Erschütterungen aus der Tiefe heraus, während sich bis dahin die nicht seltenen gewalttätigen Machtwechsel nur an der Oberfläche abgepielt hatten. Und nun, da wir 1917 schreiben und den größten Krieg erleben, den die Geschichte kennt, ist auch Rußlands März gekommen.

Im vergangenen Mittwoch hielt der deutsche Reichskanzler im preussischen Dreiklassenhaus eine Rede, in der er ein neues, freies Reich verkündete. Es war eine „große“ Rede, über die viel Zeitungsartikel geschrieben und viel neue Reden gehalten worden wären, hätte nicht die Weltgeschichte durch alle diese Schreibererei und Rednerlei einen Strich gemacht. Worte und Worte über Worte verhalten vor dem Donnerstog einer großen Lat. Revolution in Petersburg, der Jar abgedankt, die Dumaregierung im Besitz der öffentlichen Macht! Die Kanzlerrede war vergessen!

Dennoch: soweit Reden in dieser Zeit noch etwas bedeuten, es waren Worte wahrlich zur rechten Zeit. Hätte der Kanzler am Mittwoch schon gewußt, was sich am selben Tag in Petersburg ereignet hätte, er hätte kaum anders sprechen können. In diesem Tage verbandete sich das zaristische Rußland zu einer konstitutionellen Demokratie mit monarchistisch-repräsentativer Spitze. Sollte und durfte das Land, das von deutschen Schützengräben umzirt ist und das mit so vielem kostbarem Blut verteidigt wird, als eine Insel rücksichtsloser Staatsverfassung und -Gesinnung erscheinen? Sollte die Welt sagen können, daß alle Völker der Erde frei seien, nur das deutsche nicht? War es in dieser Stunde nicht das allermindeste, daß der leitende deutsche Staatsmann sein feierliches Gelöbniß abgab, das deutsche Volk solle in seiner freiheitlichen Entwicklung nicht lange mehr hinter anderen zurückbleiben?

Nicht lange mehr! Wie lange noch? Die provisorische Regierung Rußlands schließt den Aufbruch, in dem sie die unerlässlichen freiheitlichen Reformen ankündigt, mit den Worten:

Die provisorische Regierung legt Gewicht darauf, hinzuzufügen, daß sie nicht beabsichtigt, den Kriegszustand zu benutzen, um die Durchführung der oben genannten Reformen aufzuschieben.

Gegenüber der deutsche Reichskanzler am 14. März. Daß die künftige Staatsregierung eine Reform des preussischen Wahlrechts vorschlagen wird, hat sie wiederholt in unmissverständlicher Weise ausgesprochen. Sie hat aber auch der Ueberzeugung Ausdruck gegeben, daß diese Reform für uns, die unzweifelhaft zu schweren inneren Kämpfen führen wird, nicht zu einer Zeit in die Hand genommen werden kann, wo wir noch vom Feinde von außen bedrängt werden, weil wir in einer solchen Zeit innere Kämpfe nicht ertragen können. (Sehr richtig! und Widerspruch.) Das sollten gerade die Herren bedenken, die ganz radikale Wünsche in bezug auf das Wahlrecht haben.

Wenn morgen der preussische König dem preussischen Volk sein im Jahre 1848 erkämpftes Wahlrecht wiedergeben würde — auf demselben Wege, auf dem es ihm genommen worden ist — das ganze Volk, von wenigen Ausnahmen abgesehen, würde diese Tat politischer Klugheit mit tiefer Genugtuung begrüßen. Und jene wenigen Ausnahmen? Würden sie innere Kämpfe entfesseln?

Innere Kämpfe während des Krieges wollen wir nicht. Das politisch reife Volk Deutschlands begreift, daß wir uns in der Lage, in der wir uns befinden, diesen Luxus nicht leisten können, und darum erträgt es die Belastungsproben, die ihm auferlegt sind, in einer Weise, die den Reichskanzler zu Ausdrücken der Bewunderung hinreißt. Wäre indes vielleicht nicht etwas weniger Bewunderung — und etwas weniger Belastung — besser?

Das russische Volk, das an politischer Einsicht und Bildung unter dem deutschen steht, hat die noch schwerere Belastungsprobe, die ihm auferlegt wurde, nicht ertragen. Hat es dadurch seine Lage gebessert? Die Zukunft wird es lehren! Einstweilen hat es nur die Herrschaft des Absolutismus mit jener der Bourgeoisie vertauscht.

Die russische Revolution war in ihrem vorläufigen Ergebnis eine bürgerlich-liberale Revolution. Alle erfolgreichen Gewaltrevolutionen waren bisher bürgerliche Revolutionen. Das liegt tief im Wesen der Sache begründet, denn die revolutionäre Wirkung des Bürgertums war stets auf die Sprengung aller Fesseln, politischer und wirtschaftlicher gerichtet; mit der Befreiung der alten ergab sich die neue Ordnung beinahe von selbst. Das Bürgertum hatte ferner die politischen Führereigenschaften, ohne die eine erfolgreiche Revolution unmöglich ist, schon in der Zeit vor der Erhebung zur Reife gebracht.

Das Proletariat hat es in beiden Beziehungen viel schwerer. Denn die neue Ordnung, die es sich schaffen muß, ist mit der Zerstörung der alten noch nicht hergestellt. Diese erhebt sich naturgemäß wieder ganz von selbst, wenn an ihre Stelle statt neuer Bildung nur ein Wirrwarr tritt. In keiner Strohschicht, und indeß sie so gemaltig wie die Schlacht bei Tannenberg, kann die kapitalistische Gesellschaftsordnung durch die sozialistische ersetzt werden.

Die gewaltsame Erhebung fordert aber auch, daß unzählige Verwaltungsstellen mit neuen Kräften besetzt werden, die das Vertrauen der Bewegung genießen und zu ihrer schmerzlichen Arbeit fähig sind. Die müssen, wenn ein jäher Umschwung zum Siege des Sozialismus führen soll, vorhanden sein. Und wiederum: sozialistische Verwaltungsarbeit ist unendlich jäherer als liberale, denn sie soll nicht nur Fesseln beseitigen, sondern eine neue Wirtschaftsordnung aufbauen! Agitation, hinter der keine schöpferische Organi-

Frontbewegung im Westen. — Gefecht westlich Lahore. — Flieger gegen Fesselballons. — Kämpfe bei Monastir und östlich Doiran-See.

Kontin. Großes Hauptquartier, den 17. März 1917. (W. T. Z.)

Westlicher Kriegsschauplatz.

Zwischen dem Kanal von La Bassée und der Maere lebhafteste Feuerstätigkeit; an mehreren Stellen sind englische Erkundungstrupps zurückgewiesen worden.

Zwischen Salzin und dem St. Pierre-Pass-Balke haben englische, zwischen Beauvois und Laiffignat französische Abteilungen in Gräben, die von und planmäßig aufgegeben waren, sich festgesetzt.

An der Rhône-Front Fortschrittsunternehmungen, die uns 25 Gefangene einbrachten.

In der Champagne zeitweilig starkes Artilleriefeuer; der Vorstoß einer französischen Kompanie westlich von Tahure scheiterte.

Zwischen Maas und Mosel holten unsere Stoßtrupps an vier verschiedenen Punkten Gefangene aus den feindlichen Linien; bei einem gelungenen Handreich nahe Roncel an der Lothringer Grenze wurden 20 Franzosen gefangen genommen.

Unsere Flieger brachten durch Luftangriff 4 Fesselballons der Gegner brennend zum Absturz.

Ostlicher Kriegsschauplatz.

Keine besonderen Ereignisse. Mazedonische Front.

Nördlich von Monastir sind neue Kämpfe im Gange. Ostlich des Doiran-Sees hat ein englisches Bataillon den vor unserer Sicherungslinie liegenden Bahnhof Voroz besetzt.

Der Erste Generalquartiermeister. Lubendorf.

Abendbericht.

Kontin. Berlin, 17. März. Abends.

An der Artois-Front, von der Aisne bis zur Oise und auf dem westlichen Maas-Ufer zeitweilig lebhafteste Geschützstätigkeit.

Im Osten bei anhaltender Kälte nichts Besonderes.

In Mazedonien wurden französische Angriffe zwischen Ohrida- und Prespa-See sowie nördlich von Monastir abgewiesen; nördlich der Stadt wurde abends noch gekämpft.

Der österreichische Bericht.

Wien, 17. März 1917. (W. T. Z.) Kontin. wird verlautbart:

Ostlicher Kriegsschauplatz.

Nördlich des Oitiz-Passes, westlich von Solstwin und südwestlich von Stanislaw wurden russische Vorstöße abge schlagen. In den Waldkarpaten von Gofal begleitete Patrouillenarbeit. Nördlich des Dnjestr bei beträchtlicher Kälte geringe Kampfstätigkeit.

Südwestlicher Kriegsschauplatz.

Auf der Gotzabella eroberten unsere Truppen bis am 4. März verlorene Positionen zurück, nahmen drei Offiziere und 34 Militär gefangen und erbeuteten zwei Maschinengewehre.

Südöstlicher Kriegsschauplatz.

Aus Albanien nichts zu melden. Der Stellvertreter des Chefs des Generalstabes von Doerfer, Feldmarschalleutnant.

sationskraft steht, ist nicht im Sinne des Proletariats revolutionär.

Und dennoch ist das Proletariat seiner revolutionären Aufgabe — an die Stelle einer alten Unordnung eine neue Ordnung zu setzen — treu geblieben, nur ist diese Aufgabe von den Gegnern oft verkannt und von ihm selbst in ihren Schwierigkeiten oft unterschätzt worden.

Wir brauchen Demokratie, um zu lernen und zu erleben, wie Sozialismus wird. Wir brauchen Demokratie — und bräute er sie uns nicht, so wäre dieser entsetzliche Krieg für uns umsonst geführt worden! Wir führen ihn um unser freies Selbstbestimmungsrecht — nach außen und innen!

Wir brauchen Demokratie — das haben auch die russischen Arbeiter erkannt. Unaufhaltsam wälzt sich der Strom freiheitlicher Entwicklung von West nach Ost, er kann, was in der Mitte liegt, nicht überspringen. Er kann vor Gräben und Drahtgittern nicht Halt machen. Das wissen in Deutschland alle, wieder mit wenigen Ausnahmen, zu denen der leitende Staatsmann nicht gehört. Doch Wissen ohne Wollen ist keine Geschichte schaffende Kraft.

In Rußland ist in diesem blutigen März Geschichte geschaffen worden. Was drüber gesagt worden ist, ist vielleicht eine Saat des Unheils für uns und alle Völker, die den Frieden wollen. Aber wer kann sagen, wann der erste Keim früher gekommen wäre: ob mit der russischen Revolution oder ohne sie? Heute stehen wir vor der ehernen Lat!

Sie bringt uns die tröstliche Kunde, daß der Märzwind von 1917, der über alte und frische Gräber streift, dennoch der Welt einen neuen Frühling verheißt, und daß sie nicht umsonst gefallen sind, die im Friedrichshain ruhen — und die unzähligen andern!

Die Kämpfe in Petersburg.

Protanzuhr. — Immer noch Schüsse. — Abrechnung mit Polizei und Gendarmen. — Revolutionsumzüge.

Amsterdam, 17. März. Der „Times“ wird aus Petersburg vom 15. morgens gemeldet: Die Stadt ist vollständig ruhig. Die Lebensmittelfrage bildet die Hauptfrage der neuen Regierung. Es kommen regelmäßig Züge mit Mehl an und die Bevölkerung wird trotz aller Schwierigkeiten ernährt. Die Städte und Dörfer im ganzen Lande wurden telegraphisch ersucht, die Vauern zur Anfuhr von Getreide und Mehl anzusperrnen, damit Armee und Hauptstadt keinen Mangel leiden. Von den Truppen, die Protodjans in Petersburg insiginiert hatte, um jeden Aufbruch im Reime zu verhindern, wurden 1000 Mann gefangen, die übrigen hatten sich verborgen.

Petersburg, 16. März. Reitermeldung. Heute wurden alle Banken wieder geöffnet. Es wurden strenge Befehle erlassen, alle Plünderer und entkommenen Verbrecher zu verhaften.

Es konnten noch immer Telegramme von Gemeindeväten und Gemeindeväten an, die sich der neuen Bewegung anschließen. Hunderte von Waggons mit Lebensmitteln, die bisher unbenutzt geblieben hatten, sind jetzt auf dem Wege nach den Großstädten.

Petersburg, 15. März. 12 Uhr Mitternacht. Meldung des Reuterschen Bureau. In der Hauptstadt wird noch hier und da geschossen, wenn die Polizei aus ihren gebedeten Stellungen auf den Dächern das Feuer eröffnet. Wenn man die Polizeisten findet, wird rasch mit ihnen abgerechnet. Man sieht überall rote Kommandos, selbst auf den Lansen, Gewehren und Mägen der Truppen. Truppen, Matrosen und Bürger machen Umzüge, und auf den Plätzen, die vorangetragen werden, steht: Freiheit! Gleichheit! Brüderlichkeit! Täglich versammelt sich eine große Menge von Soldaten und Zivilisten vor dem Taurischen Palais. Aus der Menge hört man oft den Ruf, sich für das Vaterland zu opfern, aber auch Klagen gegen die Dynastie und alles, was mit dem alten Regime zusammenhängt. In den Wandbelagungen der Duma liegen Säcke mit Mehl und Ristun mit Patronen. Am Eingang steht ein Tisch mit Arzneimitteln und Verbandzeug zur ersten Hilfeleistung für Verwundete. An einem anderen Tisch sitzen Studenten und Soldaten, die Listen der Verwundeten anlegen.

Kopenhagen, 17. März. „Berlingske Tidende“ meldet aus Stockholm: „Kronbladet“ berichtet: Überall in den Straßen Petersburgs liegen Leichen erschossener Gendarmen. Alle Gendarmen, die sich auf der Straße zeigten, wurden ohne Gnade niedergeschossen.

Rotterdam, 16. März. Nach Meldungen, die die Berichte der „Times“ ergänzen, haben sich die Petersburger Ereignisse vom Freitag am Sonntag vielfach wiederholt. An verschiedenen Stellen des Newski-Prospektes wurden zahlreiche Menschen getötet oder verwundet. Die Schwierigkeiten in der Brotversorgung hatten sich nicht gebessert. Schon am frühen Morgen wurden die Bäckereien gesperrt. Die Arbeiter erklärten, daß sie nicht wieder an die Arbeit gehen würden, ehe sie Brot erhielten, ohne Stundenlang darauf warten zu müssen. Am Montag früh wurden alle Straßen über die Newa für den Verkehr geschlossen und es hieß, daß am Nordufer des Flusses Unruhen ausgebrochen seien. Am Dienstag war der Straßenkampf in vollem Gange. Panzerautomobile, die esse in Händen der Revolutionäre zu sein schienen, wechselten Schüsse mit Maschinengewehren, die von regierungstreuen Truppen besetzt wurden. Das Fehlen der Straßen war mit Lebensgefahr verbunden. Die Truppen eilten. Es boten sich freiwillig Journalisten und Scher an, um ein tägliches Nachrichtenblatt herauszugeben, das die Bevölkerung über die Vorfälle auf dem laufenden halten sollte. Die erste revolutionäre Zeitung erschien am Montagabend. — Der Korrespondent der „Times“ will gehört haben, daß Offiziere, die regierungstreue Truppen kommandierten, ihren Leuten antworteten: Alle Schwierigkeiten kommen von den Deutschen, wovon die Soldaten schlaflose Soldaten in der selten Ueberzeugung abgaben, daß sie gegen Deutsche kämpften. Dieser Zustand von Unwissenheit, meint der Korrespondent, werde noch viel Mißvergehen veranlassen, ehe die Ruhe in Petersburg wiederhergestellt sein würde.

Sveaborg unter Belagerungszustand.

Stockholm, 17. März. Die „Svenska Dagbladet“ aus Haparanda erklärt, daß über die finnische Festung Sveaborg der Belagerungszustand verhängt ist, weil die dortige Garnison gemuntert habe. Auch sei die Eisenbahnbrücke bei Terijoki zwischen Petersburg und Wiborg in die Luft gesprengt worden. Genauso sei die Eisenbahnbrücke über die Newa zerstört worden, als die Revolutionäre erlaubten, daß die alte Regierung Truppen aus Wiborg herbeiführen wollte. Die weiter verläutet, ist auch über Helsingfors und Wiborg der Belagerungszustand verhängt. Nach weiteren Nachrichten sind die sibirischen Truppen der Regierung treu geblieben und haben vier Tage lang gegen die übergeleiteten Bolschewiken und die Arbeiter gekämpft.

Die Gefangenen der Dumaregierung.

Petersburg, 17. März. Reuter. Fürst Galizin, Goremkij und der frühere Kommandant der Truppen in Petersburg sowie die früheren Minister und Generale Suchomilow, Sjalajew, Protodjans, Stjaglowatow, Malinskaw, Marakow und Ruzkow sind in der Peter-Paul-Festung interniert worden. Die anderen Personen, die hohe Stellen besetzten, und die gefangen genommen worden sind, bleiben vorläufig im Dumagebäude.

Genf, 17. März. (Telefun.) Entgegen anderslautenden Berichten meldet der Petersburger Sonderkorrespondent des „Temps“, daß der ehemalige Ministerpräsident Stürmer sich nicht als Gefangener im Taurischen Palais befindet, sondern bei einer Verhaftung vor Schred einem Schlaganfall erlegen ist.

Die italienische Presse zur Revolution.

Lugano, 17. März. Die italienische Presse versucht die russischen Ereignisse als durchaus günstig für die Entente darzustellen. Die Fortführung des Krieges sei in verstärktem Maße sichergestellt. Der „Avanti“ hingegen bezweifelt die Möglichkeit der Fortführung des Krieges durch Rußland überhaupt, selbst wenn die revolutionäre Regierung von Tschon sein sollte, was unwahrscheinlich sei.

Der Krieg auf den Meeren.

Die übertroffenen Erwartungen des U-Boot-Krieges.

In dem bereits gestern veröffentlichten Februarresultat des uneingeschränkten U-Boot-Krieges meldet L. U. aus offenbar gut informierter Quelle, daß unter den versenkten 781 000 Tonnen mindestens 1/3 Millionen auf englische Schiffe entfallen, genau läßt sich die Zahl nicht ermitteln, weil nicht bei allen versenkten Schiffen die Flagge auszumachen gewesen ist. Weiter besagt die Meldung:

Das Ergebnis übertrifft die vor dem 1. Februar gehegten Erwartungen bei weitem. Man hatte, was zu berücksichtigen kein Anlaß mehr vorliegt, auf 600 000 Tonnen monatlich gerechnet, auf Grund des damaligen Seeverkehrs nach Abzug eines gewissen Anteils neutralen Schiffsraumes, der, wie man annahm, dem Sperrgebiet fernbleiben würde. Tatsächlich ist der weit überwiegende Teil der neutralen Schiffe, die auf England fahren, aus geblieben. Unter Berücksichtigung der dadurch hervorgerufenen Einschränkung des englischen Seeverkehrs wären die Erwartungen der Marine schon erfüllt worden, wenn rund 525 000 Tonnen versenkt worden wären. Statt dessen beläuft sich die Zahl auf 781 000 Tonnen. Das Mehr von 256 000 Tonnen bedeutet also, daß die Erwartungen um nahezu 50 Proz. übertroffen worden sind.

Im weiteren wird berechnet, daß durch das Ausbleiben von circa 2 000 000 Tonnen neutraler Tonnage unter Zingurechnung der 780 000 Tonnen vernichteten Schiffsraumes

Kriegsorgen in Dänemark.

(Von unserem nach Skandinavien entsandten Korrespondenten.)

Kopenhagen, 18. März.

Die innerpolitischen Kämpfe, die auch im Kriege trotz aller Verständigungsversuche nicht zur Ruhe kommen wollten, haben seinerzeit mit der Ergänzung des radikalen Ministeriums Jøhle aus Vertretern der anderen drei Parteien einen gewissen Abschluss bekommen. Von unserer Seite ist Stauung auf Beschluß des außerordentlichen Parteitag in das Ministerium eingetreten. Ueber die Erfahrungen, die mit der Teilnahme an der Regierung bisher gemacht wurden, werden wir unten berichten, soweit eine öffentliche Beurteilung der Frage zurzeit möglich ist. Hier zunächst nur soviel, daß dieses Koalitionsministerium, wenn man es überhaupt so nennen darf, in der Grundfrage seiner Existenz, der Aufrechterhaltung der Neutralität des Landes, sich auf die einmütige Auffassung aller Parteien und des gesamten Volkes stützen kann. Denn auch sonst die Sympathien im Volk hängen hier wie anderswo geteilt sind, darin besteht volle Einmütigkeit, daß eine unerschütterliche Neutralität nach allen Seiten gewahrt werden muß. Diese Auffassung habe ich überall im Volke vorgefunden, und ich hörte sie nicht minder aus dem Munde des verdienstvollen Leiters der dänischen auswärtigen Politik, Dr. Scovinius, mit dem ich dieser Tage sprach. Die große Sorge aller ist, die Kriegsurie dem Lande fernzuhalten.

In der deutschen Presse ist gelegentlich von einer deutschfeindlichen Stimmung des dänischen Volkes die Rede gewesen, und es ist nicht zu leugnen, daß einzelne dänische Chauvinistblätter diesen Anschein manchmal erweckt haben. Die preussische Verwaltungspolitik in Nordfriesland war immer die große Nummer dieser Blätter, mit der sie ihre Feindschaft gegen Deutschland einzunehmen suchten. Aber dahinter lagen Momente innerer dänischer Politik, denn die gleiche Presse vertrat zugleich die Bestrebungen der dänischen Militaristen. Im Laufe des Krieges ist es auch in dieser Beziehung ruhiger im Blätterwalde geworden.

Vorläufig sind es Sorgen wirtschaftlicher Art, die neben der Neutralitätspolitik das Land beschäftigen. Der Krieg lastet schwer auch auf die neutralen Völker, und Dänemark nimmt keine Vorzugsstellung ein. Die Leuerung wird von Tag zu Tag drückender, und man muß durch eine Kontingenzierung der Ausfuhr gewisser Agrarprodukte und Festsetzung von Höchstpreisen versucht hat, die Spekulation einzudämmen, so folgt doch die Preissturbe auch hier jenem Weg nach oben, den sie in anderen Ländern geht. Dänemark ist eben nicht nur anführendes Agrarland. Was es ausführt, sind die Produkte seiner Viehzucht. Brotgetreide muß es in großen Umlänge einführen, und die mangelnde Erleichterung der Schifffahrt im Kriege zwingt jetzt zur Durchführung einer Streckung der Weizen- und Roggenbörse durch Zufuhr von bis zu 25 Proz. Gerstemehl bei der Brotverzeugung. Schwierig steht es auch mit der Zufuhr von Futtermitteln, Düngern usw.

Technischen Schwierigkeiten begegnet die Industrie, die ihre Rohstoffe aus dem Auslande holen muß. Die Lieferfähigkeit der Kriegführenden nimmt ab, und die Erschwerungen der Schifffahrt durch den Krieg sowohl als durch die Eisverhältnisse der letzten zwei Monate waren auch der Zufuhr hinderlich. Die Folge ist eine Steigerung der Arbeitslosenziffern im letzten Monat, der Andrang zu den Arbeitsnachweiser wird größer, während die Zahl der gemeldeten offenen Stellen langsam fällt.

Die Kohle nimmt unter diesen Rohstoffen die erste Stelle ein. Der hauptsächlichste Kohlenlieferant ist England, das im letzten Jahre etwa 1/4 des Bedarfs lieferte, während Deutschland das übrige lieferte. Auch in der Kohlenzufuhr ist eine Störung eingetreten, so daß erhebliche Einschränkungen im Verbrauch notwendig sind. Die Straßenbeleuchtung ist eingeschränkt, ebenso der Gasverbrauch, die Gastwirtschaften müssen um 11 Uhr schließen, so daß die lebenslustigen Kopenhagener keineswegs in diesem Punkte besser gestellt sind, als die — ehemals — nachtsummelnden Berliner. Alles das wird ohne Murren ertragen. Dagegen ist man der Regierung weniger freundlich gesinnt wegen ihres plötzlichen Schnapsverbots. Seit acht Tagen darf in Dänemark kein Schnaps verkauft werden und die Brennerei ist auf ein Drittel ihrer Produktion gesetzt worden, das ausschließlich technischen Zwecken darf. Der Zweck der Maßregel ist, wie mit unser Genosse Stauung erklärte, die Verwendung von Getreide oder Kartoffeln für die Brennerei einzuschränken, sowie auch Rohstoffsparnisse zu erzielen.

Die Teilnahme Stauungs an Ministerium hat die einstimmige Zustimmung der Arbeiterschaft gefunden. Die Einmütigkeit in der Partei war selten so groß wie jetzt. Die politische Situation zwang ja geradezu die Sozialdemokratie, sich an der Regierung zu beteiligen, um das Ministerium Jøhle zu halten, das die beste Bürgschaft für die Neutralitätspolitik gab und das auch in seiner allgemeinen Politik die Interessen der breiten Massen zu wahren suchte. Als Partei der breiten Volksmassen hätte die Sozialdemokratie es nicht verkannt, wenn dieses Ministerium fallen zu lassen, ein rechtsliberales-konservatives Ministerium über, das die Folge eines Regierungswechsels gewesen wäre, konnte vom Arbeiterstandpunkt aus nicht erwünscht sein. Es hat sich denn auch in der Zwischenzeit zur Genüge herausgestellt, daß die direkte Beteiligung der Partei an der Regierung ihr einen weit größeren Einfluß auf die politischen Geschäfte sichert, als die frühere rein parlamentarische Unterstützung des radikalen Kabinetts.

In dieser Frage selbst steht die dänische Sozialdemokratie auf dem Boden der Internationalen, daß besondere Verhältnisse die Beteiligung an einer bürgerlichen Regierung zweckmäßig erscheinen lassen. Aber sie hat den Gedanken selbst nie doktrinar abgewiesen. Schon lange vorher hatte sie beschlossen, daß eintretenden Falles, den jeder kommen lasse, nur einem Parteitag die Entscheidung zustehen müsse. Und ein solcher hat auch über den Eintritt Stauungs in die Regierung entschieden. Nur wenige Stimmen wurden dagegen abgegeben, und nur ein einzelnes Parteimitglied, der Schriftsteller Gerson-Trier, hat durch den Austritt aus der Partei seinen revolutionären Protest gegen den Beschluß abgeben.

Zu einer Zeit, wo in der gesamten Internationalen schwere Spaltungsercheinungen sich geltend machen, wirkt die Ge-

schlossenheit der dänischen Sozialdemokratie selbst in dieser sonst so heftig umrittenen Frage wohlwollend. Man muß dabei in dankbarer Anerkennung eines Mannes gedenken, der in jahrzehntelanger Führung verstand, die rein akademische Resolutionspolitik von der dänischen Partei fernzuhalten. Der Handschuhmachergehilfe Peter Knudsen war ein tüchtiger Politiker, darüber bestand niemals Streit. Aber er war auch ein umsichtiger Parteiführer, der seiner Partei geradlinige Bahnen wies und seinen Nachwuchs zu praktischer Arbeit erzog. Diese auf positive Politik gerichtete Arbeit hat es der Partei ermöglicht, ohne jegliche innere Kriege die weittragenden Probleme, die ihr die Kriegszeit stellte, zu lösen. Dazu gehörte auch die Teilnahme an einer bürgerlichen Regierung, die ebenso sehr im Interesse der Arbeitermassen als des ganzen Landes liegt.

Wilhelm Sanjion.

Hauptausschuß des Reichstages.

Am Sonnabend wurden die Haushaltspläne für das Reichseisenbahnamt und die Verwaltung der Reichseisenbahnen un verändert angenommen. Beim letzten Haushaltsplan machte der preussische Eisenbahnminister v. Breitenbach vertrauliche Mit-



Der Landwirt

zeichnet Kriegsanleihe, weil Besitz und Arbeit in einem sieghaften Deutschland gesegnet sein werden;

der Arbeiter,

weil seine aussichtsreichen Lebensbedingungen mit dem Wohlergehen des Vaterlandes aufs engste verknüpft sind;

der Industrielle,

der den Schuh der Heimat und zufriedene Arbeiter braucht;

der Kaufmann,

der seine Einkommensquellen von einem starken Vaterland beschirmt haben muß;

das Alter,

das die Früchte seiner Arbeit nicht der Zerstörung durch rücksichtslose Feinde preisgeben will;

die Jugend

in dem ungesägten Streben nach allem, was groß und edel ist;

Alle

zeichnen die 6. Kriegsanleihe, weil sie Herz und Verstand zugleich haben.



teilungen über die Verhältnisse auf den Eisenbahnen. Im Anschluß hieran fand eine Aussprache statt, in der sämtliche Redner anerkannten, daß die deutschen Eisenbahnen unter den jetzigen schwierigen Verhältnissen sich ganz ausgezeichnet bewährt haben. Eine Reihe von Wünschen brachten die Abg. v. Camp (Dt. Fr.) und Siebenbürgen (F.) vor. — Abg. Giesbers ging auf die Arbeiterausfälle ein. Er wünschte, daß auch in den Eisenbahnbetrieben eine Einrichtung geschaffen werde gleich den Schlichtungskommissionen auf Grund des österreichischen Hilfsdienstgesetzes. — Minister v. Breitenbach antwortete, daß er darauf nicht eingehen werde. In allen Eisenbahnbetrieben beständen Arbeiterausschüsse, die durchaus geeignet sind, allen Wünschen der Arbeiter Rechnung zu tragen. Er sei entschlossen gewesen, unmittelbar nach dem Kriege in Verbindung mit anderen wesentlichen Verbesserungen

Regierungsarbeiten

zu bilden. Nach dem Inkrafttreten des Hilfsdienstgesetzes habe er sich entschlossen, diese Bezirksausschüsse schon jetzt in Kraft treten zu lassen. Er verspreche sich von dieser Einrichtung beträchtlichen Vorteil. In den Arbeiterausschüssen würden ganz besonders bewährte Arbeitervertreter Gelegenheit haben, sich mit höheren Beamten über die Arbeiterverhältnisse auszusprechen. Das werde zur Klärung der Streitfragen dienen. Jedoch könne er nicht zugeben, daß hier Befehle erteilt und Entscheidungen getroffen werden. Er sei bereit, den unmittelbaren Verkehr zwischen Arbeiter und Betriebsleitung in jeder Weise zu fördern; darüber hinaus würde er nicht gehen.

Abg. Reil (Soz.) forderte, daß den Arbeiterausschüssen das Recht zustehen soll, die vorhandenen Streitfragen zu entscheiden. Außerdem wäre es wünschenswert, daß die Arbeiterausschüsse Gelegenheit hätten, sich über alle Angelegenheiten des Betriebes auszusprechen, ohne durch die Anwesenheit ihrer Vorgesetzten gehindert zu werden. Nur auf solche Weise könnten die Ausschüsse eine wirklich segensreiche Tätigkeit entfalten.

Abg. Schulz-Erfurt (Soz.) erkennt besonders die Tätigkeit der Eisenbahnbeamten in den besetzten Gebieten an,

die viel Entfaltung und Verantwortlichkeit erfordere. Er trug einige Wünsche gegenüber der Eisenbahn und Soldaten vor und fragte an, wie es mit der Gültigkeit der Fahrkarten für die Reichstagsabgeordneten in den besetzten Gebieten stehe. In den meisten Fällen würden die Fahrkarten als gültig anerkannt; in einzelnen Fällen hätten jedoch die Beamten Zweifel, so daß Schwierigkeiten entstanden.

Herr v. Breitenbach weist darauf hin, daß für die besetzten Gebiete die Rüstungsverwaltung zuständig sei. Er sei aber gern bereit, die Wünsche an maßgebender Stelle zur Geltung zu bringen. Die Fahrkarten der Abgeordneten würden in der Praxis auch in den besetzten Gebieten anerkannt. Er würde sich mit den Rüstungsbehörden in Verbindung setzen, damit dies nirgends mehr bezweifelt werde.

Nächste Sitzung Montag: Postetat.

Die Lehrlingsnot.

Von H. Kahler.

Die Berliner Gewerkschaftskommission hat sich, wie der „Vorwärts“ kürzlich berichtet hat, für die Erhöhung des Kostgeldes der Lehrlinge ausgesprochen. Diese Forderung bedarf kaum einer Begründung; tatsächlich haben auch bereits verschiedene Handwerkerkorporationen ihren Mitgliedern empfohlen, in diesem Sinne zu handeln. Während aber die Gewerkschaften bei ihrem Vorgehen in erster Linie das Interesse der Lehrlinge und ihrer Eltern verfolgen und ihre Forderung hauptsächlich deshalb erheben, weil die bisher übliche geringe Vergütung, die dem Lehrling zugebilligt wurde, bei weitem nicht ausreicht, dessen Lebensunterhalt zu bestreiten, erblicken die Handwerker in der Erhöhung des Kostgeldes ein Mittel, um der herrschenden Lehrlingsnot abzuhelfen. Das höhere Kostgeld soll die Eltern anregen, ihre schulentlassenen Söhne in stärkerem Maße der Handwerkslehre zuzuführen.

Tatsächlich besteht zurzeit ein sehr großer Mangel an Lehrlingen. Genosse Reinert hat dieser Tage im preussischen Landtag erwidert, daß in Berlin allein die Zahl der Lehrlinge in kurzer Zeit von 41 000 auf 7000 zurückgegangen ist. Die Gründe für diesen Rückgang liegen auf der Hand. Der junge Mann verdient als Hilfsarbeiter in der Rüstungsindustrie viel mehr, als das Kostgeld des Handwerkslehrlings ausmacht. Viele Familienväter stehen im Felde, die Lebensmittel sind sehr teuer geworden, da ist wohl in mancher Familie der früher gehegte Plan, daß der Junge ein Handwerk erlernen soll, unter dem Druck der augenblicklichen Not aufgegeben worden. Statt in die Handwerkslehre, ging der schulentlassene Sohn in die Fabrik, und sein Lohn ist oft der ausschlaggebende Faktor in dem Ernährungsbudget der Familie.

Für das Gewerbe ist diese Entwicklung sehr bedauerlich. Wenn auch in manchen Berufen eine ungeheure Lehrlingslücke betrieblen wurde, so weckt doch die jetzt beobachtete starke Hemmung des Zustusses von Lehrlingen ernste Befürchtungen für die Zukunft mancher Gewerbegebiete. Die Heranbildung eines in jeder Beziehung tüchtigen Nachwuchses ist für viele Gewerbe eine Lebensfrage. In verschiedenen Gewerbegebieten hat sich in neuerer Zeit das ernste Streben gezeigt, durch Erzeugung von Duellitätsarbeit das Gewerbe auf eine höhere Stufe zu heben. Dieses Streben, berufliches Können zu heben, wird von den Gewerkschaften lebhaft unterstützt. Der Kampf gegen die Schundarbeit ist zugleich ein Kampf gegen die von den Unternehmern vielfach betriebene Schundkonkurrenz, die sich meist auf die schlechte Entlohnung wenig leistungsfähiger Arbeiter stützt. Die in ihrem Beruf leistungsfähigsten Arbeiter sind die wertvollsten und auch meist die zuverlässigsten Mitglieder der gewerkschaftlichen Organisation. In der Förderung der beruflichen Tüchtigkeit begegnen sich die sonst vielfach auseinanderstrebenden Interessen hernünftig geleiteter Unternehmerorganisationen und der Gewerkschaften.

Eine wichtige Voraussetzung für die Hebung der Leistungsfähigkeit eines Gewerbes ist die Erziehung eines tüchtigen Nachwuchses. Daraus sind aus den angeführten Gründen auch die Gewerkschaften lebhaft interessiert, und deshalb können auch sie an dem herrschenden Lehrlingsmangel nicht gleichgültig vorübergehen.

Eine geringe Erhöhung des Kostgeldes wird diesen Mangel allerdings nicht beseitigen. Auch die Belohnung der Eltern wird schwerlich viel Erfolg haben. Wissen doch viele Eltern, die ihre Söhne an den hohen Verdiensten in der Rüstungsindustrie teilnehmen lassen, den Wert der Handwerkslehre zu schätzen, aber die Not hindert sie, dem Juge des Bergens zu folgen. Man wird sich deshalb wohl mit der Verminderung der Zahl der Lehrlinge abfinden müssen, um so größere Aufmerksamkeit mußte dafür der sorgfältigen Ausbildung der Lehrlinge zugewendet werden. Die Qualität mußte die Quantität ersetzen. Hier aber versagen die bürgerlichen Organe. Die Stellen, denen das Gesetz die Förderung des Lehrlingswesens übertragen hat, erblicken vielfach ihre Aufgabe mehr darin, die Nutzung, statt die Ausbildung der Lehrlinge zu fördern.

Es hat sehr lange gedauert, bis die Innungsmeister nachträglich den Wert der Fach- und Fortbildungsschulen für den gewerblichen Nachwuchs begriffen haben. Der Mangel an Arbeitern und Lehrlingen hat den Kampf der Innungsmeister gegen die Fortbildungsschule einen neuen Impuls gegeben, und es scheint, als ob auch sonst einseitigere Unternehmer diesem neuen Ansturm unterlegen wären. Von verschiedenen Innungen ist die Forderung erhoben worden, während des Krieges die Fortbildungsschulpflicht aufzuheben. Diese Wünsche haben schließlich auch in der Berliner Handwerkskammer, die ihnen lange Widerstand geleistet hat, Entsagen kommen gefunden. So, sogar im Handelsministerium liebgeliebt man mit dem Plan. Für die nächste Zeit ist ein Ministererlaß zu erwarten, der die Fortbildungsschulpflicht erheblich einschränkt.

Im Vorstand der Berliner Handwerkskammer ist kürzlich über Besprechungen im Handelsministerium berichtet worden, zu welchen der Vorsitzende der Kammer, Obermeister Kahler, zugezogen war. In dem zu erwartenden Ministerialerlaß soll nach seinem Bericht die Befreiung der älteren Lehrlinge vom Besuch der Fortbildungsschule für die Zeit ausgesprochen werden, in der das Hilfsdienstgesetz in Kraft ist. Für die beiden ersten Lehrjahre soll die Fortbildungsschulpflicht erhalten bleiben,

es wird aber erwogen, wenigstens für die Gewerbe, die mit Seereschiffen beschäftigt sind, den Unterricht auf die Abendstunden und auf den Sonntag zu verlegen. Diese Pläne fanden die Zustimmung des Vorstands der Handwerkskammer, der darüber hinaus noch eine Verminderung der Schulstunden wünschte.

Die Verschlechterung der theoretischen Ausbildung der Lehrlinge wird also in Zusammenhang mit der Arbeit für den Seereschiffbau gebracht. Es mag zugegeben werden, daß die Seereschiffbau möglichst schnell erledigt werden müssen, in den meisten Fällen handelt es sich dabei aber um Arbeiten, die der Ausbildung des Lehrlings für seinen künftigen Beruf nicht gerade förderlich sind. Wenn diese Pläne verwirklicht werden sollten, und es spricht vieles dafür, dann wird die praktische Ausbildung der Lehrlinge in der Werkstatt minderwertig. Statt in ihrem Beruf unterwiesen zu werden, sollen sie tüchtig zulangem, damit die Arbeit fertig wird, die meist mit dem eigentlichen Beruf nur in notdürftigem Zusammenhang steht. Dazu soll aber die theoretische Ausbildung in der Fach- und Fortbildungsschule verschlechtert werden oder ganz fortfallen. Praktisch bedeutet das, daß der Unterschied zwischen dem jugendlichen Rüstungsarbeiter und dem Handwerkslehrling in der Hauptfrage darin besteht, daß der letztere weniger Lohn erhält.

Es berührt komisch, wenn im Zusammenhang mit der geplanten Verschlechterung der Handwerkslehre davon gesprochen wird, daß man die Öffentlichkeit über den Wert der Zuführung der aus der Schule entlassenen jungen Leute in das Handwerk aufklären müsse. Unter den gegebenen Verhältnissen muß man im Gegenteil die Öffentlichkeit darüber aufklären, daß bei der Auswahl einer Lehrstelle gegenwärtig eine ganz besondere Vorsicht am Platze ist. Die Handwerkskammer trägt durch ihre Stellungnahme dazu bei, daß die Handwerkslehre entwertet wird. Sollte das Handelsministerium wirklich die Fortbildungspflicht durch einen Erlaß einschränken, dann würde es den Bestrebungen, die darauf abzielen, das Handwerk durch Verbesserung seiner technischen Leistungsfähigkeit zu heben, stark Abbruch tun.

Aus der Partei.

Wotsham-Osthabelland im Spiegel der Parteipresse.

In der sozialdemokratischen Presse spiegelt sich das lebhafteste Erstaunen, daß der Wahlausfall eine so vollkommene Niederlage der verschiedenen oppositionellen Gruppen und Gruppen ist. Daß die Wehring durchfallen werde, nahm jedermann an, niemand aber, daß er so resolut durchfallen wird. Die „Dresdener Volkszeitung“ schreibt: „Der Ausgang der Wahl ist ein ungewöhnlicher Beweis dafür, daß die Massen trotz aller Krebserreien voll Vertrauen auf der Seite der Parteimehrheit stehen.“ Ebenfalls das „Sächsische Volksblatt“: „Tun ist ein neues Beispiel für die Unerschütterlichkeit der Partei.“ Der „Volkswacht“: „Der Ausfall der Wahl zeigt, daß die breiten Massen mit den Tendenzen der Spartakusgruppe und der ihren engsten Arbeitsgemeinschaft nicht einverstanden sind.“ Das „Volkswacht“ für Anhalt bemerkt: „Die Wahl ist der ausgesprochenste Beleg für die Unerschütterlichkeit der Partei.“ Sie gibt ein Bild davon, was aus der Partei würde, wenn ihre Politik befolgt

würde. Die „Sächsische Bergwacht“ bespricht den Wahlausfall in folgender Weise: „Rehring ist Sammelkandidat für alle Spielarten der Minderheitsgruppen. Er, der die Parlamentsarbeit so hässlich lächerlich machte, ließ sich als Sparlachsman aufstellen und hat um die Unterstützung der von ihm als reichlich und politisch charakterlos bezeichneten Arbeitsgemeinschaft. Und trotz alledem dieses Resultat in der sogenannten unerschütterlichen Hofburg der rüchichtslosten Parteiverberber.“ Die „Magdeburger Volksstimme“, die das für Rehring vernichtende Ergebnis der Wahl in den Spandauer Arbeitervereinen offenbar noch nicht kannte, behauptet, daß die Erkenntnis des Kräfteverhältnisses der beiden sozialistischen Parteien durch die Teilnahme bürgerlicher Wähler getrübt worden ist. Von überwältigender Kraft ist die arbeitsgemeinschaftliche „Nordhäuser Volkszeitung“: „Stolz und Zuversicht erfüllt die Herzen der Parteioption. Der 14. März ist ein Tag der mutigsten Kraftanstrengung für sie. Sie wird ihn nutzen! Denn weißt du nicht, daß und fest steht ihr Banner; der vereinte Ansturm von Hebebrand bis Scheidemann konnte es nicht stürzen. Hört es, Arbeiter, Arbeiterinnen! Das alte Banner der deutschen Sozialdemokratie wirkt und fündet noch, trotz des Bestreiches! Und nun frisch auf, Pioniere, Pioniere!“ Ein wenig Dummheit ist ganz anständig, aber soviel begeistertes Unverständnis gehört schon der Groteske an.

Kautsky: Der eussische Grundfalsche.

In der „Neuen Zeit“ kritisiert Kautsky „Sozialdemokratische und nationalliberale Politik“. Ein, wie er wohl meint, gerade zeitgemäßes Thema, jedenfalls eins, das man sich schon gefallen lassen könnte, zumal wenn der Kritiker aus seinem Füllhorn auch ein Weniges an Gedächtnisbeispiele zu verbergen hätte.

Karl Kautsky deutet den „Vorwärts“, weil in dessen Leitartikel vom 11. Februar dieses Jahres in einer kleinen Rückschau gesagt war: bei Kriegsbeginn habe die deutsche Sozialdemokratie „die ruhige politische Ueberlegung“ gehabt, die Kriegsfraße unter dem Gesichtswinkel zu betrachten, welche Haltung der Partei dem künftigen Siege der Demokratie und des Sozialismus am förderlichsten sei.“

Ich besitze keinerlei Notizen über unsere Fraktionsitzungen, auch nicht über die des August 1914. Aber es gibt Dinge, die sich einprägen! Und es gehört nicht zu den schlechtesten Erinnerungen jener Tage, daß in Wirklichkeit (soweit es sich um ausgesprochene Beweggründe handelt — und ich denke, daß Kautsky damals ebenso wenig Gedankenleier war, wie er es heute ist) der Gedanke an Vorteile, Kompensationen und dergleichen so gut wie gar keine Rolle gespielt hat. Wo dieses Gedankens einmal Erwähnung geschah, da wurde er kurz abgewiesen.

Das weiß Kautsky so gut wie irgend einer. Nichtsdestoweniger schlägt er auf die Rückschau vom 11. Februar ein, als wäre jedes Wort, das er belächelt, Amen und Halleluja. Nur im Saume so frommen Glaubens allerdings konnte Kautsky Dreizehnenstufen steigen:

„Zweierlei Motive trieben also die Mehrheit: blinde „Infinke“ und politisch-geschäftliche „Ueberlegungen“. Von unseren Grundfalschen ist dabei keine Rede. Es ist ein ausgesprochenes Verfehlens zum Opportunismus.“

Ein Mann von Grundfalschen, der — entsetzt — seine ganze Verachtung über die opportunistisch schwankenden Sumpfpföhre ausgießt.

Sie aber funktioniert das Gedächtnis? In der Fraktionsitzung, die an der harten Kuh der ersten Kriegskreditbewilligung herumschmeckte, nahm auch ein Mann teil —

der hier und heißt noch: Karl Kautsky. Dieser wollte, daß man sich der Stimme entziele. Das lehnte die Fraktion (ich sage: leiber) ab. Und als sein Zweifel mehr war, daß die überwältigende Mehrheit den Kredit bewilligen werde, da sagte Karl Kautsky — wiederum vergebens — an: man sollte mindestens ein paar Gegenforderungen, Kompensationen aufnehmen! Wie gefagt: auch das ward abgelehnt. Und zwar, ohne daß bei der Abwehr dagegen so große und so billige Worte gemacht wurden wie etwa „politisch-geschäftliche Ueberlegung“, „Grundfalschheit“, „Opportunismus“ und sonst dergl.

Georg Davidsohn.

Sechste Kriegsleihe-Reichsschuldbuch.

Von zünftigster Seite wird uns geschrieben: Die günstigen Bedingungen, unter denen auch die sechste Kriegsleihe aufgelegt ist, geben erneut Veranlassung, auf die großen Vorgänge und Vorteile des Reichsschuldbuchs für alle bürgerlichen Hingutenden, die ihr Geld nicht nur hochverzinslich, sondern auch dauernd anlegen wollen. Verluste, die dem Effektenbesitzer durch Diebstahl, Verbrennen usw. drohen, sind ausgeschlossen; Zinsen werden auf die beabsichtigten, allen Wünschen der Gläubiger entsprechende Weise — bei Postendung portofrei — schon vor dem Fälligkeitsstermin gezahlt; der Gläubiger erspart sich jede Verwaltung des Kapitals, die die Reichsschuldenverwaltung kostenfrei übernimmt.

Daß die Erkenntnis hieron in immer weitere Kreise dringt, beweist die ungeheure Vermehrung, welche die Reichsschuldbuchkonten seit Kriegsbeginn erfahren haben. Ende Juli 1914 bestanden deren 80 146, während sie jetzt auf 692 247 angewachsen sind.

Dazu hat das Reich auch noch die Postlosen für die an die Schuldbuchinteressenten gerichteten Schreiben, welche bisher als portofreie Dienstposten behandelt werden mußten und die deshalb von den Empfängern zu tragen waren, auf eigene Rechnung übernommen, so daß nunmehr alle Schreiben — besonders also auch die zahlreichen Benachrichtigungen über erfolgte Eintragung in das Schuldbuch — portofrei überandt werden.

Nach alledem können wir die Zeichnung der 6. Kriegsleihe überhaupt und besonders auch zwecks Eintragung in das Reichsschuldbuch nicht dringend genug empfehlen.

Hierbei soll erneut darauf hingewiesen werden, daß erhebliche Verzögerungen in der Zubereitung der Benachrichtigungen bei der großen Zahl der Anträge unvermeidlich sind, daß also beim rechtzeitigen Eingang von Benachrichtigungen kein Grund zur Verzögerung vorliegt. Sobald die Vermittlungsstelle den Eintragungsantrag an die Reichsschuldenverwaltung eingereicht hat, wird er unbedingt und in der Reihenfolge mit den sonstigen Anträgen erledigt. Dem Gläubiger entfallen aus einer Verzögerung keine Nachteile, vor allem findet die Zinsenzahlung auf jeden Fall pünktlich statt.

Jugendveranstaltungen.

Arbeiter-Jugend Schöneberg. Sonntag, den 18. März: Besuch der Kriegerdenkmäler im Friedhofshain. Treffpunkt 11 Uhr Kaiser-Wilhelm-Platz. Fahrgeld 30 Pf. Jugendausflug Schöneberg.

Arbeiter-Zamariterbund. Kolonne Groß-Berlin. Lehrstunde haben nächste Woche, abends 8 Uhr: 1. bis 6. Abteilung Sonntag, den 19. März, Köpenicker Straße 63: Vortrag, wäher praktische Verhandlungen. Gähle haben einmaligen freien Zutritt. — Für Teilnehmer und Mitglieder, die sich der Beilung am 19. d. M. unterziehen möchten, ist der letzte Anmeldungsstermin am 18. März beim Vortragenden.

Verband der Schneider, Schneiderinnen und Wäschearbeiter Deutschlands.

Hilfsle Berlin. Sekretariat. 37/38.

Achtung! Herren-Konfektion! Achtung!

Montag, den 19. März, abends 8 Uhr, bei Schulz, Königsgraben 2:

Oeffentliche Versammlung.

Tagesordnung: Das Ergebnis der Verhandlungen mit den Arbeitgebern. Referent: Kollege Kunze. Die in der Hosen- und Westenbranche Beschäftigten werden besonders ersucht, in dieser Versammlung vollständig zu erscheinen. Zahlreichen Besuch erwartet Die Kommission.

Verband der Sattler u. Portefeuller Ortsverwaltung Berlin.

Mittwoch, den 21. März 1917, abends 8 Uhr, im Gewerkschaftshaus, Engelauer 15:

General-Versammlung.

Tagesordnung: 1. Kassenzucht vom 4. Quartal 1916. 2. Bericht der Verwaltung über das Geschäftsjahr 1916. 3. Neuwahl der Revisoren. 4. Berichterstaltung und Neuwahl der Beisitzerkommissionen. 5. Vortrag der Gewerkschaften über das Thema: „Glauben und Willenshaft“. 6. Diskussion. 7. Verschiedenes. Zutritt ist nur gegen Vorzeigung des Mitgliedsbuches bezw. der Mitgliedskarte gestattet. Zahlreiches und pünktliches Erscheinen der Mitglieder erwartet Die Ortsverwaltung.

Für Rheumatiker und Nervenleidende.

Ein selten großartig wirkendes Heilmittel. Frau B. Hering, Berlin, schreibt u. a.: „Ich legte es ein selten großartig wirkendes Heilmittel. Ich kann es jedem Leidenden nur empfehlen. Ich litt jahrelang an Rücken- und Gelenkschmerzen, so daß ich nicht gerade gehen konnte. Bin bei sehr vielen Ärzten gewesen und habe Versetzungen, auch Bäder verschrieben bekommen, habe jedes Mittel, was ich in den Zeitungen las, versucht, auch das berühmte „...“ es hat alles nichts geholfen. Ich war schon ganz verzweifelt. Da las ich von Herrn Legal, habe es auch versucht und bin vollständig geheilt. Habe drei Gläserchen verbraucht und kann es nur jedem Leidenden empfehlen, weil es sicher und milde wirkt. Sage Ihnen hiermit meinen besten Dank.“ Ein Versuch wird jeden von der Wirklichkeit des Legal überzeugen! Es wirkt nicht nur rasch und sicher bei Rücken- und Gelenkschmerzen, sondern auch bei Rheuma, Gicht, Schmerzen in den Gelenken und Muskeln, Ohrenschmerzen, sowie bei allen Arten von Nerven- und Muskelschmerzen. Unerlässlich glänzend begünstigt. In allen Apotheken erhältlich.

Bringt Euern Goldschmud den Goldankaufstellen!

GARBÁTY CIGARETTEN
IN ALTER QUALITÄT

Hals- u. Lungenleiden

Bei Hals- u. Lungenleiden, Keuchhusten, Tuberkulose, Bronchitis, etc. ist das wirksamste Mittel. **Rotolin-Tabletten**. In jahrelanger Praxis — vorzügliche Erfolge. Hauptvertriebsstelle: Samariter-Apotheke, Berlin SW. 68, Reubenburger Straße 41. Tel.: Kriegerplatz 1818.

Westmann's Trauermagazin

Größte Auswahl. Billigste Preise. I. Mohrenstraße 37a (Kolonaden). II. Gr. Frankfurter Str. 115 (nahe Andreasstr.). Auswahlsendungen sofort. Amt Zentrum 7960. Sonntag 12—2 Uhr geöffnet.

Spezialarzt Dr. med. Wockenfuß

Friedrichstr. 125 (Oranienb. Tor), für Syphilis, Nerven- u. Frauenleiden — Ehrlich-Wata-Kur (Dauer 10 Tage), Blutuntersuchung. Schnelle, sichere, schmerzlose Heilung ohne Berufs- (15/10) störung. Teilzahlung. Sprechstunden: 11—1 und 6—8.

Spezialarzt Dr. med. Coleman

f. Geschlechtskrankh., Haut-, Nerven-, Frauenleiden, nerv. Schwäche, Bakterien-, Ehrlich-Wata-Kuren (Dauer 12 Tage). Behandlung schnell, sicher u. schmerzlos oh. Berufsstör. I. Dr. Homeyer & Co. konz. Labor. f. Blutunters., Fäden im Harn usw. gegenüber Panoptikum Ecke Neue Königstr. 34-36, Friedrichstr. 10-1 u. 8-8, Sonntag 10-1. Honorar mäßig, auch Teilzahl. — Separates Damenzimmer.

Spezial-Arzt Dr. med. Masche

Friedrichstr. 90 direkt am Stadtbahnhof. Behndl. von Syphilis, Haut-, Nerven-, Frauenleiden, etc. Ehrlich-Wata-Kuren, schmerzlos, schnelle Behandlung ohne Berufsstörung. Blutuntersuchung. Fröh. Preis. Teilzahlung. Sprechstunden 10-1 und 8-8, Sonntag 11-1.

J. Baer, Badstr. 26

Ecke Prinzen-Allee. Herren- und Knaben-Moden, Berufskleidung, Einsegnungs-Anzüge, Japan. Gr. Stofflager eleg. Maßanfertigung. Billigste, feste Preise.

Warenknappheit

sind meine Lager: Teppiche, Möbelstoffe, Gardinen, Läuferstoffe, Tisch- u. Diwanddecken usw. noch reich sortiert!! Viele dieser Artikel zu alten Preisen!! Teppich-Spezialhaus **Emil Lefèvre** Berlin-Süd. Seit 1882 nur Oranienstr. 158. Mein allbekanntes Haus hat keinerlei Beziehung zu ähnlich lautender Firma!!

Prima Glühpunsch-Extrakt

Liter M. 3.55. Für auswärts nicht unter 5 Liter. **Hermann Führer**, Berlin O., Marallstr. 21. Tel.: Amt Köpenick 2318.

Haben Sie Frost?

an Händen, Füßen u. Ohren. **Reichel's Frostikon-Balsam** beseitigt Frostbeulen, Risse und Jucken. Fl. I. — **Reichel's Frostikon-Salbe** gegen aufgetauchene Frostschäden M. 1.— Wirkung schnell u. sicher! Otto Reichel, Berlin 43, Eisenbahnstr. 4.

Germania-Prachtsäle

Chausseest. 110. C. Richter. Jed. Sonntag P. Mantheys Lust. Sänger u. Konzert. Neues Programm. Anf. 6 1/2 Uhr. Eintritt 50 Pf. 10 Steuer, Militär 30 Pf.

Der auf England fahrende Frachtbaum eine Verminderung von etwa 30 Proz. erfahren hat.

Interessant ist übrigens auch, daß die Ziffer der im Februar verlassenen Schiffe mit 781 000 Tonnen bei weitem höher ist, als die Ziffer der Neubauten des ganzen Jahres 1916. Diese betrafen sich auf etwa 380 000 Tonnen.

Englischer Zerstörer gesunken.

London, 16. März. Die Admiralität teilt mit: Ein Torpedobootzerstörer alten Typs stieß am 15. März im Kanal auf eine Mine und sank. Alle Offiziere wurden gerettet. Ein Mann wurde getötet und 28 Mann werden vermißt, die vermutlich ertrunken sind.

Zur Sperrgebiet versenkt.

Kristiania, 17. März. Nach einer Mitteilung an das Ministerium des Meeres wurde die norwegische Bark Aquilla Mittwoch durch Geschützfeuer eines deutschen U-Bootes versenkt. Aquilla war von Bergen nach Stavanger mit Ballast unterwegs.

Berlin, 17. März. Der englische Dampfer Tilly Cortbia (882 Br.-Registertonnen) sowie der holländische Segler Angelika (88 Br.-Registertonnen) wurden versenkt.

Amsterdam, 17. März. Der belgische Dampfer Mainaut ist gesunken, die Besatzung ist gerettet.

Folgen der Seesperre.

Rotterdam, 17. März. Der holländische Dampfer Helena (1140 B.-R.-T.), der vor etwa sechs Wochen Kaka, Butter, Kakao und Milch für Bordeaux geladen hatte und wegen des verschärften U-Boot-Krieges nicht auslaufen konnte, mußte seine Ladung, die zur Hälfte aus Kaka bestand, löschen, da derselbe anfangs schlecht zu werden.

Rückgang der amerikanischen Ausfuhr.

Frankfurt a. M., 17. März. Ein Privattelegramm der „Frankfurter Zeitung“ (Abendblatt) meldet aus New York vom 15.: Die Ausfuhr aus den Vereinigten Staaten ist im Monat Februar um 30 Proz. zurückgegangen.

Gabiz, 17. März. Der Kapitän eines neutralen Schiffes, das im Februar England verließ, hat in Cardiff, Liverpool und Glasgow seinen einzigen großen überseeischen Dampfer gesehen. Uebereinstimmend wird in mehreren Häfen erzählt, daß der Schiffsverkehr im Atlantischen Ozean sehr abgenommen hat.

Stockholm, 17. März. Bei Wiedergabe des letzten englischen Wochenberichts über die Wirkung der Seesperre hebt „Svenska Morgensbladet“ hervor, daß sich die Zahl der auslaufenden und einlaufenden Schiffe weiter um 543 aus- laufende und 618 einlaufende vermindert habe. Das Blatt sieht in dem dauernden Sinken des Schiffsverkehrs den unbestreitbaren Beweis der Wirksamkeit der Seesperre.

Oslo, 18. März. Selbstmitleid verleiht, daß das Verbot des Ausfahrens der holländischen Getreideschiffe aufgehoben worden ist.

Ausfahrt von Hollandschiffen nach Amerika.

Amsterdam, 17. März. Aus Rotterdam sind elf niederländische Dampfer nach Amerika mitgeführt, einer davon mußte wegen schlechter Wetterverhältnisse wieder zurückkehren. Außerhalb des neuen Wasserwegs wurden die Dampfer von einem deutschen U-Boot angehalten, konnten aber nach Durchsicht ihrer Papiere ihre Reise fortsetzen. Auch aus Amsterdam sind fünf große Dampfer ausgefahren.

Unterbindung der Zufuhr für Belgien.

Rotterdam, 15. März. „Maasbode“ meldet: Der norwegische Dampfer Boarli, der mit Mais für das belgische Hilfskomitee von La Plata nach Rotterdam unterwegs ist, mußte seine Ladung für die englische Regierung in England löschen. Das Schiff kommt nicht nach Rotterdam.

Sonninos Programmrede.

Begründung der russischen Revolution — Eroberungsziele — Phrasen gegen U-Boote.

Vor der italienischen Kammer hat der Minister des Auswärtigen, Sonnino, am 16. d. M. eine große Programmrede gehalten. Aber im Donner der russischen Revolution verlor seine dünne Stimme trotz aller rhetorischen Effekte. Aus dem Bericht der Agencia Stefani sei hier das Wichtigste wiedergegeben:

„Um sofort der Erwartung der Kammer zu entsprechen, deren Aufmerksamkeit in diesem Augenblick besonders auf die großen Ereignisse in Russland gerichtet sein muß, beziehe ich mich, zu erklären, daß nach den aus allen Quellen bisher eingelaufenen Nachrichten die ganze Bewegung, die sich in den letzten Tagen in Petersburg und Moskau entwickelt hat, im Hinblick auf den Krieg nicht auf ein Nachlassen, sondern

auf eine immer stärkere Fortsetzung der militärischen Operationen gerichtet ist. Die Regierung hat gestern durch die Presse die bisher gemeldeten Einzelheiten mitgeteilt. Ich kann dem heute nichts hinzufügen, noch könnte ich auf irgend eine Frage über diesen Gegenstand antworten. Ich bitte die Kammer gerade im Interesse der großen Ziele, die ihr besonders am Herzen liegen, sich jeder mittelbaren oder unmittelbaren Kundgebung sorgfältig zu enthalten.“

Sonnino sprach hierauf von dem „hinterlistigen“ Friedensangebot der Mittelmächte und der im Gegensatz hierzu „von hohem Gefühl der Menschlichkeit“ getragenen Rote Wilsons. Gegenüber Wilson erklärte er:

„Was keine Hypothese eines Friedens ohne Sieg andeutet, so wäre sie gleichbedeutend mit der Verleugnung der Ursprünge dieses Krieges und mit einer Verkennerung der von Italien und seinen Alliierten verkündeten Ziele, und hier ist es am Orte, wieder einmal zu betonen, daß Italien kein Ziel der Vorkriegspolitik oder der Unterdrückung verfolgt, sondern daß es durch die Tapferkeit seiner Kinder für die Befreiung seiner fremden Joch unterworfenen Landsleute kämpft sowie für die Eroberung seiner von der Natur gegebenen Grenzen, für die rechtmäßige Sicherheit seiner Rassen im Adriatischen Meer und für die Wahrung seiner Lebensinteressen im Mittelmeer.“

Nach diesen Worten, die ein Programm weitgehender Aktionen umfassen, wandte sich Sonnino dem uneingeladenen U-Boot-Krieg zu und erging sich hier in den üblichen Bekämpfungen der Mittelmächte und Klagen über Barbarei usw. Er sagte u. a.:

„Der Unterseebootkrieg wird neue Verbrechen gegenüber unschuldigen Opfern bewirken, aber nicht sein Ziel erreichen, den Handel der Alliierten zum Stillstand zu bringen. Das Völkerricht

hat bisher unter bestimmten Umständen ein Recht der Ausbringung gestattet, aber niemals die blinde Vernichtung von Menschenleben und Eigentum. Die Neuheit der Unterseebootwaffe kann eine weitbessere Bestimmung der Bedingungen rechtfertigen, die für eine effektive Blockade zur See notwendig sind, sie kann aber keineswegs ein Recht oder eine Rechtfertigung abgeben, ohne Rücksicht auf Abgangsort oder Bestimmungsort zu verüben und zu morden, gleichviel, ob es sich um Neutrale oder Kriegsführende, Bewaffnete oder Nichtbewaffnete handelt und ohne Unterschied des Geschlechts und Alters. Dies alles führt uns wieder in die graumäuligen Zeiten des wilden und prähistorischen Menschen zurück.“

Danach haben also wohl die prähistorischen Römischen einen un- eingelassenen Krieg mit unterirdischen Einbauten geführt. Die beweglichen Klagen Sonninos werden übrigens verständlich, wenn man sie mit den Worten vergleicht, die sein Kollege, der Seericht- minister Nisleri, zwei Tage vor ihm in der Kammer sprach, als er sich über die Lebensmittelversorgung Italiens wie folgt äußerte:

„Unsere Verantwortung, meine geehrten Herren Kollegen, ist, wie Sie verstehen werden, eine ewige tägliche Angst und zu allen Stunden bringen durch ein Meer voller Hinterhalte. Unser Herz häßt vor Freude, wenn die Nachricht kommt, daß eines von ihnen heil und ganz angelassen ist. Diese Freude dauert jedoch nur einen Augenblick, denn wir fallen sofort wieder in Angst zurück wegen der anderen, die noch unterwegs sind.“

Nach seinen U-Boot-Klagen wandte sich Sonnino dem deutsch- mexikanisch-amerikanischen Zwischenfall und der Bewaffnung der amerikanischen Handelschiffe zu, ohne etwas Neues zu diesen Dingen zu sagen. Ueber das Dardanellenabkommen erklärte er, daß es vor dem Ein- tritt Italiens in den Krieg getroffen, Italien ihm aber nachher beigetreten sei, und zwar unter den gleichen Bedingungen wie die übrigen Alliierten.

China vor der Kriegserklärung?

London, 17. März. (Telunion.) „Times“ melden aus Peking: Die Einstellung der Forderungen an Deutschland, die Aufhebung der deutschen Konzessionen und die Maßnahmen gegen die in China wohnenden Deutschen sind unausführbar, wenn China nicht noch einen Schritt weiter geht und alle Verträge durch eine Kriegserklärung gerichtet. In der Hauptstadt selbst ist ein großer Teil der öffentlichen Meinung einem solchen Schritte gegenüber nicht abgeneigt. In der Provinz jedoch liegen die Dinge anders, und die Regierung wird ein endgültige Entscheidung nicht eher treffen, als bis sie über die Stellungnahme der Provinz aufs genaueste unterrichtet ist.

Die „Telegraphenunion“ erzählt hierzu, daß hierorts weder auf dem Auswärtigen Amt noch auf der chinesischen Gesandtschaft Meldungen vorliegen, die auch nur den Abbruch der diplomatischen Beziehungen betätigen.

Die Agence Havas meldete bereits am Donnerstag aus Peking: Der Minister des Meeres hat den Gesandten der Alliierten mitgeteilt, daß die Regierung dem deutschen Gesandten, dem Baronol der Gesandtschaft und den deutschen Konsuln in China die Pässe zugestellt hat.

Uebrigens ist auch die Meldung aus Washington, daß die deutschen Schiffe in Schanghai von den Chinesen beschlagnahmt worden seien, mit größter Vorsicht aufzunehmen. In amtlichen Berliner Kreisen ist, wie der „Frankf. Sta.“ gemeldet wird, nichts davon bekannt. Wenn die Meldung überhaupt richtig ist, so handelt es sich wahr- scheinlich um Maßnahmen der chinesischen Behörden, um ein Aus- fahren oder Beschädigen der deutschen Schiffe zu verhindern.

Der australische Senat.

Basel, 17. März. „Matin“ meldet aus Melbourne: Der Senat hieß nach erregter Erörterung mit 18 gegen 13 Stimmen die Ernennung eines Ausschusses gut, der die vom Senator Watson gegen Hughes erhobenen Beschuldi- gungen wegen Bestechlichkeit untersuchen soll.

Der Fliegerangriff auf Margate.

Berlin, 17. März. Amtlich. Am 16. vormittags wurden die Bahnhofs- und Schuppenanlagen von Margate von einem unserer Marineflugzeuge erfolgreich mit Bomben beworfen. Zwei große Brände konnten vom Flugzeug festgestellt werden.

Politische Uebersicht.

Der Arbeiterabgeordnete Giesberts.

Die Haltung des christlichen Gewerkschaftsführer Giesberts in den Schorlemer-Debatten hat in der Arbeiterschaft all- gemein bestreitet. Besonders die Arbeiterkreise des Westens, die am meisten unter der mangelhaften Lebensmittel- versorgung zu leiden haben, sind über sie geradezu empört. Von den zahlreichen Zuschriften, die uns in dieser Angelegen- heit zugehen, möchten wir wenigstens eine wiedergeben. Sie lautet:

„Der Abgeordnete Giesberts hat die beiden Gewerk- schaftseingaben sachlich preisgegeben und nur gegen den schlechten Ton des Ministers Verwahrung eingelegt. Seine Pflicht wäre es gewesen, sachlich zu den Eingaben zu stehen und für die dritte Lesung des Etats eine entscheidende Antwort zu finden. Ganz falsch ist die Behauptung Giesberts', daß die wichtigsten Forderungen erfüllt seien. Das gilt weder für die geforderte Verbindung des Kriegs- ernährungsamts mit dem Kriegsamt, noch für die ge- forderten Preisrelationen. Die vom Kriegs-ernährungsamt vorgeschlagenen entsprechen nicht den Forderungen der Gewerkschaften, die sich gegen jede weitere Erhöhung der Kartoffelpreise und gegen eine Erhöhung der Getreidepreise um 40 bis 50 Proz. ausgesprochen haben. Wenn Herr Giesberts nicht mit allen Einzelheiten einverstanden ist, so ist das seine persönliche Sache. Schriftsätze, die von so vielen Verbandszentralen unterzeichnet sind, können gewiß nicht in allen Einzelheiten jeder Zustimmung ge- recht werden. Aber wenn sie unter Verantwortung der unterzeichneten Organisationsvertreter hinausgehen, müssen sie auch vertreten werden, und das war die Pflicht des Herrn Giesberts als Vertreter seiner Gewerkschafts- richtung. Giesberts' persönliche Auffassung ist belanglos für die Unterzeichner der Eingabe. Die christliche Gewerkschafts- presse hat sich im Gegensatz zu ihm mit größtem Mut hinter die Eingabe gestellt, ganz besonders auch hinter jenen Teil, der sich mit dem Minister beschäftigt. Das Christliche „Zentralblatt“ schreibt:

Für uns ist es freistehende Aufgabe, daß dieser Mi- nister für die von dem Verbraucherstandpunkt aus so schlechten Verhältnisse in erster Linie verantwortlich zu machen ist. Zugabe ist, daß er sich um die Steigerung der landwirtschaftlichen Erzeugung sehr bemüht hat. Als ausschließ-

liches Mittel dazu aber kennt er nur die herkömmliche Politik des Anreizes durch ständig steigende Preise, und gerade diese Politik hat die Lage der Verbraucher immer mehr verschlechtert. Deswegen konnte der Minister im Landtag auch gegen den sachlichen Inhalt der Ein- gabe kaum etwas vorbringen. Die Ausführungen, die nach ihm der preussische Staatskommissar für Ernährungswesen, Dr. Michaelis, machte, waren im Gegensatz hierzu geeignet, den sachlichen Inhalt der Eingaben wahr und zutreffend darzutun.

Die Landwirtschaft als Stand ist in den Eingaben nicht angegriffen worden, sondern die Angriffe richteten sich nur gegen gewissenlose Elemente in ihr. Die Verwahrung des Herrn Giesberts auch in dieser Richtung war daher völlig gegenstandslos. Herr Giesberts mag für seine Person einen Sonderstandpunkt einnehmen. Als Gewerkschaftsführer und Abgeordneter ist er aber den Organisierten seiner Richtung und seinen Wählern im Ruhrrevier verantwortlich. Diese Kreise werden sicherlich mit ihrem Urteil nicht zurückhalten.“

Somit die Zuschrift, zu der nur noch zu bemerken ist, daß Herr Giesberts durch sein pfäulmeweiches Auftreten bei der dritten Lesung des Etats seine Lage jedenfalls nicht ver- bessert hat.

Konervative Arm- und Beinstellung.

Die „Deutsche Tageszeitung“ regt sich darüber auf, daß in Zeitungen berichtet worden ist, die Konservativen hätten die Rede Bethmanns „mit verächtlichen Armen und eisiger Ruhe“ angehört. Sie nennt solche Stimmungsbilder un- würdig, „in denen davon gesprochen wird, wie die Mitglieder parlamentarischer Parteien während einer Ministerrede ihre Arme gehalten haben, welche Temperatur ihre Ruhe hatte usw.“ Ja sie macht sogar die beachtenswerte Feststellung, daß „die meisten Arme in der konservativen Fraktion in Wirklichkeit eine ganz andere Lage“ während der Rede Beth- mann's eingenommen haben. (Doch nicht etwa feillich weit ausgebreitet?)

Man wird also künftig nichts mehr über die sich bore Armstellung der Konservativen schreiben dürfen, auch wenn sie gleichgültig unsichtbar jemandem ein Bein stellen.

Erhöhung der Verpflegungssätze für Soldaten.

Berlin, 17. März. Durch eine Verordnung des Bundesrats vom 15. März 1917 sind die Vergütungssätze für Naturalverpflegung — sowohl für Offiziere, Sanitätsoffiziere und obere Beamte als auch für Mannschaften und Unterbeamte — mit Rücksicht auf die Teuerung für die Kriegsdauer wie folgt erhöht worden:

a) volle Tageskost mit Brot	2.— M.
ohne Brot	1,85 „
(bisher 1,50 M. bezw. 1,95 M.)	
b) Mittagskost mit Brot	1.— „
ohne Brot	0,95 „
(bisher 0,72 M. bezw. 0,67 M.)	
c) Abendkost mit Brot	0,67 „
ohne Brot	0,62 „
(bisher 0,63 M. bezw. 0,57 M.)	
d) Morgenkost mit Brot	0,88 „
ohne Brot	0,28 „
(bisher 0,81 M. bezw. 0,26 M.)	

Die über Fünfundvierzigjährigen hinter die Front.

Von sozialdemokratischer Seite ist schon seit geraumer Zeit bei jeder Gelegenheit immer wieder verlangt worden, daß die Mann- schaften, die das 45. Lebensjahr vollendet haben, hinter die Front zurückgenommen werden sollen. Auf eine Anfrage des Abgeordneten Dr. Müller-Reinigen (fr. Sp.) hat der Kriegsminister nun mitgeteilt, daß die Zurückziehung aller Mannschaften über 45 Jahren, die länger als sechs Monate im Felde stehen, aus der vordersten Linie seit geraumer Zeit angestrebt und auch weiterhin beabsichtigt wird, soweit diese Verwendung nicht dem ausdrücklichen Wunsch des einzelnen entspricht.

Verbandsarbeit. In der Sonnabendigung des Bundesrats gelangten zur Annahme der Entwurf einer Bekanntmachung be- treffend Verbot der Ein- und Durchfuhr von Rubeln. Der Entwurf einer Verordnung über die Preise für landwirtschaft- liche Erzeugnisse aus der Ernte 1917 und für Schlach- tisch und der Entwurf einer Bekanntmachung über die Regelung von Herstellungs- und Vertriebsgesellschaften in der Schuhindustrie.

Das Auslandsmaß. Dem bisherigen schwunghaften Handel mit morkentem Auslandsmehl, dessen ausländischer Ursprung übrigens oft sehr zweifelhaft war und für das fabelhafte Preise gezahlt wurden, kommt eine solchen erscheinende Verordnung des Reichsanstalters ein. Danach gelten für solches Mehl und das daraus hergestellte Brot dieselben Höchstpreise wie für inländische Ware, ferner ist eine Anzeigepflicht für diejenigen vorge- sehen, die ausländisches Mehl einführen, außer wenn es für die eigene Wirtschaft bestimmt oder an die Z. C. G. abgeliefert ist.

Letzte Nachrichten.

Die Revolution wird gestoppt!

Petersburg, 16. März. Meldung der Petersburger Tele- graphen-Agentur. In Petersburg weisende Offiziere gingen Arm in Arm mit Leuten aus dem Volke. Auf Aufforderung des Exekutivkomitees hin erkannte die Duma an, daß um den Krieg zu einem siegreichen Ende zu führen, es unerlässlich sei, die Ordnung wieder- herzustellen und die gemeinsame Arbeit hinter der Front wieder aufzunehmen. Es wurde einstimmig beschlossen, die Gewalt des Exekutivkomitees der Duma anzuerkennen für alle Angelegenheiten, die mit der Verwaltung des russischen Staates zusammenhängen, bis zur Einberufung einer ge- rechten Verammlung.

Der März gelesen hat, konnte den Verkauf der Revolution bald Schritt für Schritt voraussetzen!

Die Revolution in Finnland.

Petersburg, 17. März. Meldung der Petersburger Tele- graphen-Agentur. Die provisorische Regierung hat den Ab- geordneten Rodicheff zum Minister für finnlandische An- gelegenheiten ernannt. Rodicheff erhielt Befehl, heute nach Helsinki abzureisen. Auf Befehl der provisorischen Regierung ließ der Chef der Flotte, Admiral Repenin, den bisherigen Generalgouverneur von Finnland, Sain, sowie den Vizepräsidenten des Verwaltungsdepar- tement's des Senates Borestinoff verhaften. Rodicheff ist Mitglied der Rodettenpartei, deren linken Flügel er angehört.

Rechnungslud.

Essen, 17. März. Auf Beche Gnade blühte ein unter Tage angebrachter Luftkessel. 5 Bersteute wurden durch umherfliegende Splitter tödlich, 4 schwer und 4 leicht ver- letzt. Ein Schwerverletzter ist nachträglich gestorben.

Gewerkschaftliches.

Die Arbeitsnachweisfrage im Abgeordnetenhaus.

Die Generalkommission der Gewerkschaften hat in Gemeinschaft mit den anderen Gewerkschaftsleitungen an das Abgeordnetenhaus eine Petition gerichtet, in der ein Ausbau des Arbeitsnachweiswesens unter paritätischer Leitung gefordert wird. Es sollen in allen gewerblichen Orten, mindestens in solchen von 100 000 Einwohnern aber, öffentliche paritätische Arbeitsnachweise errichtet, mit Anstaltsstellen am Orte verbunden und unter die Leitung eines Landesamts für Arbeitsnachweis gestellt werden. Mit dieser Frage hat sich das Abgeordnetenhaus schon früher beschäftigt, sich aber immer gegen die Bevorzugung paritätischer Arbeitsnachweise erklärt. Nunmehr mußte die Kommission für Handel und Gewerbe sich mit dieser Petition befassen, die sie vor eine wichtige Entscheidung stellte. Die Regierung erklärte, daß die Petition durch die inzwischen erlassene Bundesratsverordnung überholt sei. Der Handelsminister habe darauf an die Regierungspräsidenten einen Erlass hinausgegeben, in dem sie zur Förderung des Arbeitsnachweiswesens aufgefordert werden. Aber das Ergebnis konnte aber nichts weiter mitgeteilt werden, als daß 1915 in Preußen 376 Nachweisstellen beständen. Paritätische Verwaltungen ließen sich, namentlich wegen eines Abkommens der Landwirtschafsstammern mit den öffentlichen Arbeitsnachweisen, nicht überall durchführen. Das müsse der Entscheidung der Verwaltungsbehörden nach dem dringlichen Bedürfnis überlassen bleiben, ebenso die Errichtung von Nachweisteilungen. Die Übertragung der Befugnis auf die paritätischen Ausschüsse, den Verwalter des Nachweises zu ernennen, sei nicht angängig, weil der Verwalter ein Beamter sein müsse, den für die Behörde aufstellen kann.

Demgegenüber wurde die Petition von den sozialdemokratischen Mitgliedern der Kommission und dem fortschrittlichen Reichstagsrat zur Berücksichtigung empfohlen. Das Arbeitsnachweiswesen würde noch heute keinerlei Ausgestaltung durch die preussischen Verwaltungsbehörden erfahren haben, wenn nicht die Militärbehörde eingegriffen hätte. Die Konservativen, von denen ein Mitglied den Ausbau durch Reichsgesetz wünschte, haben aber sofort nach Bekehrung durch ein anderes Mitglied Abstand nahm, waren für Übertragung zur Tagesordnung, da die Konservativen durch die Erklärung der Regierung zufriedengestellt waren. Gleicher Ansicht waren die Nationalliberalen, die eine Abstimmung über jeden einzelnen der acht Punkte der Petition wünschten, um dann das, was nicht durch Übertragung zur Tagesordnung erledigt wäre, der Regierung als Material zu überreichen. Schließlich wurde mit 10 Stimmen des Zentrums, der Freikonserverativen, Fortschrittler und Sozialdemokraten eine Gesamtstimmung beschlossen. Trotz des Hinweises der Sozialdemokraten, daß der Reichstag in seiner Kommission dieselbe Petition dem Reichstagsrat zur Berücksichtigung überweisen habe, wurde die gleiche Behandlung mit 10 gegen 8 Stimmen abgelehnt. Für Berücksichtigung stimmten nur die Sozialdemokraten, Fortschrittler und das Zentrum. Mit Hilfe von zwei Stimmen der Freikonserverativen wurde dann die Petition der Regierung mit 10 gegen 8 Stimmen zur Erwägung überwiegen. Konservativen und Nationalliberalen stimmten auch gegen diesen Antrag.

Gegenüber früherer Behandlung dieser Frage ist soweit ein Fortschritt erzielt, als man über die Ausgestaltung des Arbeitsnachweiswesens nicht mehr zur Tagesordnung überging. Ob im Plenum des Abgeordnetenhauses dasselbe Resultat erreicht werden wird, ist allerdings noch fraglich. Das Abgeordnetenhaus ist in sozialpolitischen Fragen stets rückständiger als der Reichstag.

Deutsches Reich.

Tarifverlängerung in der Hamburger Treibriemen-Industrie.

Der erstmalig vor fünf Jahren für die Hamburger Treibriemen-Industrie abgeschlossene Tarifvertrag ist von den im Ver-

trabe der Sattler und Fortseuerer organisierten Arbeitern gekündigt worden, hauptsächlich zu dem Zweck, um Gelegenheit zu bekommen, mit den Fabrikanten Verhandlungen über die Beschäftigung Kriegsverletzte und die Einstellung heimkehrender Krieger betr. allgemein gültiger Regeln zu schaffen. Dieser Zweck ist auch erreicht worden. Die Lohnsätze wurden in den letzten beiden Jahren infolge Mangels an Arbeitern und der Berufsvereinschaft des Gewerbes mit den Militärsachkennern wesentlich über das Minimum erhöht. Nach den erneut getroffenen Vereinbarungen soll die jetzt gezahlten Löhne nebst Feuerungszulagen weitergezahlt werden. Nach Wochen nach offiziellem Friedensschluß treten die Parteien zur Festlegung der Tarifhöhe zusammen. Die Montageselder von 450 M. für das Vierstädtegebiet und 6 M. den Tag für weiter entlegene Orte werden durch Zahlung der wöchentlichen Ausgaben, die weit höher sind, abgelöst. Gingen bleiben die tariflichen Montageszulagen bestehen. Kriegsverletzte müssen von ihrem alten Unternehmer wieder eingestellt werden, ohne daß die Rente auf den Lohn angedreht werden darf. Auch müssen feingehaltene Arbeiter bei Arbeitereinstellungen von ihrem letzten Arbeitgeber in erster Linie berücksichtigt und Vorkräfte bevorzugt werden. Im übrigen gilt der Tarif vom Jahre 1912 bis längstens zwölf Monate nach dem Kriege weiter. Eine dreimonatige Kündigungsfrist ist vorgesehen, während welcher die Parteien verpflichtet sind, einen neuen Tarif vorzubereiten. Kommt hier keine Einigung zustande oder sind sonst Differenzen aus dem Tarifverhältnis zu entstehen, so tritt ein aus beiden Parteien zusammengesetztes Schiedsgericht zusammen, dem ein Vertreter der Gewerkschaft als Unparteiischer vorsieht. Die dann gefällten Schiedssprüche sind Schiedssprüche im Sinne der Zivilprozessordnung. Verträge gegen den Tarif oder die Vereinbarung können mit Geldstrafen geahndet werden, und zwar bis zu 100 M. bei Arbeitern, 1000 M. bei Unternehmern.

Dieser Tarifabschluß ist deshalb von Bedeutung, weil er den größten Industrieort Norddeutschlands für Lebertreibriemen betrifft und eine gute Handhabe für die spätere Gestaltung der Lohn- und Arbeitsbedingungen bildet.

Berlin und Umgegend.

Jahresbericht der Transportarbeiter.

Der am Donnerstag abgehaltenen Generalversammlung für den Bezirk Groß-Berlin des Transportarbeiter-Verbandes lag der Jahresbericht für 1915 vor, dem wir folgendes entnehmen.

Der Mangel an geübten männlichen Arbeitskräften für das Handels-, Transport- und Verkehrsgewerbe Berlins hat sich im Laufe des Jahres immer mehr bemerkbar gemacht. Romanisch haben die Unternehmer des Kohlenrohhandels und besonders die des Speditionsgewerbes Klage darüber geführt, daß abgesehen von den minderwertigen Leistungen der eingestellten ungebildeten Kräfte auch ihre Zuverlässigkeit hinsichtlich der ihnen anvertrauten Güter und Gelder manches zu wünschen übrig läßt. Die Bezirksverwaltung konnte dem Wunsch der Arbeitgeber auf die hier in Frage kommenden Arbeiter einen günstigen Einfluß auszuüben, nicht entsprechen, weil die betreffenden nicht organisiert waren und sich den Bestrebungen der Organisation nicht zugänglich zeigten. — Infolge des Mangels an männlichen Arbeitskräften hat die Einstellung von Frauen in den verschiedenen Zweigen des Handels-, Transport- und Verkehrsgewerbes an Umfang zugenommen. Im Kohlenrohhandel wurde sogar im Herbst der Versuch gemacht, Frauen als Aufsicher für die schweren Kohlenwagen auszubilden und als solche zu beschäftigen. Ob und wie weit Frauen als Kohlenlader verwendet werden können, kann zurzeit noch nicht abschließend beurteilt werden. — Unter den angeführten Umständen war die Arbeitslosigkeit während des Berichtsjahres als eine dauernde ganz zu bezeichnen. Es waren arbeitslos am Schluß des ersten Quartals 76, am Schluß des zweiten Quartals 65, des dritten Quartals 37, des vierten Quartals 44 Mitglieder. Das sind am Schluß der letztgenannten Quartale 0,20 Proz. der jeweils vorhandenen Mitgliederzahl. Es wurden während des Jahres 14 583 feste Stellen gemeldet, wovon

nur 9375 besetzt werden konnten. Für Ausbittstellen gingen 3839 Meldungen ein, davon wurden 3425 Stellen besetzt.

Die steigenden Lebensmittelpreise veranlaßten die Organisation, mit der Forderung von Feuerungszulagen überall vorzugehen, wo die in den einzelnen Betrieben und Branchen Beschäftigten die organisatorischen Vorbedingungen erfüllt hatten. Lohnverbesserungen und Feuerungszulagen wurden im Laufe des Jahres verschiedentlich erzielt.

Neben der Aufbesserung der Löhne ließ sich der Verband auch die Unterstützung der Kriegerfamilien anlegen sein.

Die agitatorische Tätigkeit war natürlich infolge der durch den Krieg bedingten Verhältnisse sehr erschwert und konnte deshalb keine befriedigenden Erfolge haben. Trotzdem ist es, dank der intensiven Tätigkeit der noch vorhandenen Funktionäre, gelungen, im Laufe des Jahres dem Bezirk Groß-Berlin 4039 neue Mitglieder zuzuführen. Dem stehen allerdings 3711 Streichungen an Beitragsrentanten gegenüber. Die Mitgliederzahl, die am Anfang des Jahres 17 115 betrug, ging bis zum Jahresabschluss auf 15 100 zurück.

Die auf der Tagesordnung stehende Neuwahl der Bezirksleitung wurde dadurch erledigt, daß man die bisherigen Mitglieder wieder in ihren Ämtern bestätigte.

Ein Antrag, der verlangt, daß die bis nach dem Kriege verbliebenen Neuwahlen der Generalversammlungsdelegierten jetzt vorgenommen werden, wurde nach einer längeren Diskussion abgelehnt.

Schließlich kam noch der Antrag eines Mitgliedes zur Verhandlung, welcher besagt, daß der „Vorwärts“ nicht mehr als das Publikationsorgan des Verbandes benutzt werden soll. Die Bezirksverwaltung empfahl, über diesen Antrag zur Tagesordnung überzugehen. Die Versammlung beschloß, ohne erhebliche Debatte, Übertragung zur Tagesordnung.

Aus dem Kriegsausfluß für Groß-Berlin.

Ein Ingenieur der Firma D. will einen Ablebschein, da er bei einem monatlichen Gehalt von 220 M. seine Verpflichtungen nicht erfüllen kann. Nach längerer Verhandlung erklärte sich die Firma bereit, ab 1. März 20 M. Zulage zu geben und am 1. Juli 1917 weitere 25 M. In allgemeinen Feuerungszulagen, die eventuell den im Betrieb Angestellten von der Firma zugesandt werden, nimmt der Ingenieur M. gleichfalls teil.

Fünf Fälle von Verletzungen, an denen Sattler beteiligt sind, zeigen ungefähr das gleiche Bild; durch die Spezialisierung der Sattlerarbeit tritt der Mangel ein, daß, sobald bei einer Firma die Spezialarbeit, auf die ein Sattler eingearbeitet ist, nicht mehr hergestellt wird, der betreffende Sattler auf andere Arbeiten ganz unzureichend verdient. Um diesem Mangel abzuwehren, ist dem Sattler E. von der Firma A. ein Ablebschein erteilt. Dem Sattler H. von der Firma B. gleichfalls, wenn er nachweist, daß er auf seine Spezialarbeit in einem anderen Betriebe Beschäftigung finden kann. Dem Sattler L. von der Firma M. soll eine Entschädigung gezahlt werden für das Warten auf Arbeit. Falls das nicht geschieht, wird ihm gleichfalls der Ablebschein zugesprochen, und der kriegsbeschädigte Sattler G. von der Firma N. soll ein Attest beibringen, daß er infolge seiner Verwundung die Arbeit nicht machen kann, dann wird ihm gleichfalls der Kriegsschein ausgedrückt. Der Sattler R. kann die Arbeit, die er zu machen hat, nicht ausführen, da er bei seiner Arbeit stehen muß, was ihm infolge eines Fußleidens schwer fällt. Es wird der Firma aufgegeben dem Sattler passende Arbeit zu geben oder den Ablebschein anzustellen.

Der Werkzeugmacher St. von der Firma V. erklärt, wegen Herzkrankheit die Arbeit nicht machen zu können. Es wird ihm aufgegeben, hierüber ein Attest beizubringen, dann soll er den Kriegsschein erhalten.

Verantwortlich für Politik: Hermann Müller, Tempelhof; für den übrigen Teil d. Blattes: Alfred Scholz, Reutbahn; für Anzeigen: Ed. Glöde, Berlin. Druck u. Verlag: Vorwärts-Verlagsgesellschaft u. Verlagsanstalt Paul Singer & Co. Berlin SW. Hierzu 3 Beilagen.

A. WERTHEIM

AUSSTELLUNG NEUER FRÜHJAHRSMODELLE

Kleider, Jackenkleider, Mäntel, Blusen
Kleiderröcke, Morgenröcke, Kinderkleider usw.

Besondere Abteilung für elegante Maß-Anfertigung

DAMENKLEIDER

- Seidenkleid aus Chinakropp, jugendliche Form, mit reicher Stickerei. Rock mit 2 Fritzen u. Hohlraum, in dunklen und hellen Farben 68.00
- Taftkleid fesche moderne Form, mit bunter Seidenstickerei, Rock mit breitem Saumumschlag, in vielen Farben 75.00
- Kleid aus Perlseide, Taille mit Kapuzinerkragen aus weicher Seide, Rock mit feschen Taschen, in dunklen Farben 75.00
- Taftkleid moderne Kittelform mit neuartigem kleidsamen Halsausschnitt, weicher Glockenrock 95.00
- Taftkittelkleid sehr jugendliche Form mit farbiger Seidenstepperei, Bluse mit spartem Halsausschnitt u. großen Taschen, garniert, mod. Farben 120.00
- Elegantes Nachmittagskleid Kittelform Satin, Grenadine mit reicher Schnurstickerei und Kapuzinerkragen in vielen Farben 140.00

BLUSEN

- Bluse aus weißem, reich gesticktem Mull mit großen Vollekragen und Bandschleife 8.90
- Bluse aus weiß-bunt gesticktem dünnen Waschstoff, neue am Hals gezogene Form mit Schnur garniert 9.75
- Bluse aus Wasch-Schleierstoff, mit reichem Stickerei-Vorderteil und Hohlraum, garniert 11.75
- Bluse aus Wasch-Schleierstoff, mit Handstickerei und modernem Kragen, garniert 12.50
- Bluse aus bunt gemustertem Waschstoff, Kimonoform mit neuem Seidenkragen 14.75
- Bluse aus Wasch-Schleierstoff, elegante neue Form mit Handstickerei 16.75
- Bluse aus bunt gemustertem Waschstoff mit großem schuuartigen Kragen 17.50
- Bluse mit Schoß aus buntem dünnen Waschstoff 19.75
- Bluse aus weicher Seide, mit großem neuen Seidenkragen garniert 19.75

KLEIDERROCKE

- Rock aus schwarz-weiß kariertem Stoff, gezogene Form mit Gürtel garniert 12.75
- Rock aus schott. gemust. Stoff m. Gürtel u. neuen Taschen 19.50
- Glockenrock aus schwarz-weiß kariertem Stoff, mit Knöpfen garniert 24.00
- Glockenrock aus schwarz-weiß gestreiftem Kammgarn-Cheviot, Gürtelgarniert 32.00
- Rock aus schwarzem Mohair-Crepe mit Taschen 48.00
- Tafetröcke verschiedene Formen schwarz, blau braun 75.00

- Glocken Mantel hellgrau mel ertes Stoff hochgeschlossen vorn in der Taille mit Urfe gehalten mit großem hochgestellten Kragen und Taschen 76 M.
- Jackenkleid aus dunkelblauem Stoff, offen und geschlossen zu tragen, Jacke mit Halbschleife gefüttert, großer Kragen und Gürtel 98 M.

- Jackenkleid aus blau Ch violet lose Jacke mit Gürtel, offen und geschlossen zu tragen, Jacke mit Seide gefüttert 120 M.
- Jackenkleid aus Tuch, blau oder grün, offen und geschlossen zu tragen, bis zur Taille mit Halbschleife gefüttert 155 M.



Ersatzwahl im 11. Landtagswahlbezirk

Wahlmänner! Geht am Dienstag pünktlich zur Wahl und gebt eure Stimmen dem Kandidaten der Sozialdemokratischen Partei

Genossen Louis Brunner

Aus Groß-Berlin.

Schickt den „Vorwärts“ ins Feld!

Ein Genosse, der seit 30 Monaten an der Front steht, schreibt in den Mitteilungen des Vereins „Arbeiterpresse“ über die „Zeitung im Felde“:

Die sozialdemokratische Presse hat in Gädde wohl den besten militärischen Wochenschauspieler und in Dr. Koster sicher den vorzüglichsten Bericht-erklärer dieses Krieges. Daher ist es doppelt schmerzlich, daß just in dieser Zeit eigentlich so wenig zur Geltung kommt. Scheidemann ist der meistgenannte Politiker dieses Krieges, der „Vorwärts“ das bestinformierte und meistzitierte Blatt und doch ist er im Felde ganz schwach vertreten.

Das ist ein hohes Lob für den „Vorwärts“. Aber ein schlechtes für Euch, „Vorwärts“-Leser! Warum sagt Ihr nicht dafür, daß der „Vorwärts“ hinauskommt? Sendet ihn ins Feld! Macht von der Einrichtung des Feldpost-Abonnements Gebrauch!

Den „Vorwärts“ an die Front!

Der Lastenausgleich für Groß-Berlin.

Vom Magistrat Berlin werden wie im Aufnahme einer Zuschreibung gebeten, der wir entnehmen:

Einige Nachbargemeinden und der Kreis Niederbarnim unter Führung von Reußlin haben eine Eingabe an die Staatsregierung gerichtet, die darauf hinzielt, einen Lastenausgleich innerhalb der Gemeinden Groß-Berlins herbeizuführen. Die erwähnten Gemeinden glauben jetzt eine günstige Gelegenheit zu haben, ihren Versuch dadurch stützen zu können, daß sie die Verschickensartigkeit der Höhe der Kriegsausgaben neben der schon früher behaupteten unbilligen steuerlichen Lastbelastung der Arbeiter-Wohnungsgebiete ins Feld führen. Beide Versuche müßten fehlschlagen. Zur Widerlegung der schon vor dem Kriege angeführten Gründe der genannten Vororte hat der Magistrat Berlin im Zusammenhange mit den westlichen Nachbargemeinden, schon im Sommer 1914 eine Denkschrift über die Berechnung eines interkommunalen Lastenausgleichs in wirtschaftlich zusammenhängenden Gemeinden, insbesondere in Groß-Berlin verfaßt lassen, die jedoch an die Staatsregierung und die gesetzgebenden Körperschaften zur Verteilung gelangt. In dieser Denkschrift wird nachgewiesen, daß das Bestehen eines Lastenausgleichs zwischen Gemeinden überhaupt grundsätzlich als unmöglich zu erachten ist; namentlich aber, daß ein solcher Versuch unvereinbar mit einer anderen Beschränkung der Selbstverwaltung der Gemeinden verbunden sein muß. Unter Verbringung ausführlicher statistischer Materialien wird in der Denkschrift der Nachweis erbracht, daß die Behauptung der vorerwähnten Gemeinden, daß sie steuerlich gegenüber Berlin und den westlichen Vorortgemeinden unbillig belastet seien, unrichtig ist. Aus den der Denkschrift beigegebenen Tabellen

man die Gewißheit, daß man es nicht mit armen Gemeinden, nicht mit Arbeiterwohnungsgebieten, die lediglich die Lasten der Betriebe zu tragen haben, sondern mit aufstrebenden Betriebsgemeinden zu tun hat, die sich fortgesetzt dezentriert entwickelt haben, daß diese Entwicklung sogar stellenweise als glänzend bezeichnet werden kann.

Als neuer Gesichtspunkt sollen in der Petition die hohen Kriegskosten dieser Gemeinden zur Begründung ihres Anspruchs angeführt sein. Soweit für Berlin Zahlen dort mitgeteilt sind, so sind, wie in der Gegeneingabe des Magistrats eingehend dargelegt wird, die Zahlungsansprüche unzureichend. Schließlich heißt es in der Berliner Eingabe dann noch wörtlich: Ueberhaupt muß das Moment der Kriegsausgaben bei dieser Frage ausgedacht werden. Denn die Belastung, die einer Gemeinde aus diesem Anlaß erwächst, nimmt sie lediglich im Interesse des Reichs und des Staates auf sich. Ist also eine Gemeinde durch die Kriegskosten in Not geraten, so wird es auch Aufgabe des Staates sein, hier helfend einzugreifen. Tergendein Zusammenhang solcher Leistungen mit den bürgerlichen Beziehungen zu benachbarten Gemeinden ist schließlich nicht ersichtlich.

Wenn endlich in der Petition darauf hingewiesen wird, der gegenwärtige Zeitpunkt sei besonders für einen Lastenausgleich geeignet, so sind wir entgegengelegter Meinung. Einmal läßt sich nicht übersehen, wie die Verhältnisse sich nach dem Kriege gestalten werden, wie die finanziellen Wirkungen für das Reich sein werden, wie weit auch eine Erstattung der Kriegsausgaben seitens des Reichs möglich ist und erfolgt, ferner ob eine Zu- oder Abwanderung von Personen, Fabriken und sonstigen Betrieben in großem Maße stattfindet, sowie welche kommunalwirtschaftlichen Veränderungen überhaupt vor sich gehen werden. Sodann erscheint eine Zeit, in der die Groß-Berliner Gemeinden sich mit bisher ungeahnten Schulden belasten, ganz und gar nicht dazu angetan, eine solche Opferwilligkeit mit einer Einbuße an Selbstständigkeit zu betreiben. Die westlichen Vororte und Berlin müßten es überaus bitter empfinden, wenn die Staatsregierung nicht antreten würde, ihnen diese teilweise Entlastung gewissermaßen als eine Quittung für die außergewöhnlichen Anstrengungen und Leistungen dieser Kriegsjahre zu bieten.

Was das Kino sein könnte!

Vorurteilslosheit gegenüber dem Kino fordert Professor Brunner, der ein Anhänger des Berliner Polizeivorkommens. Auf einem Beratungsbild für die Frauen und Mütter von Groß-Berlin sprach er über „Das Kino und unsere Jugend“.

Man dürfe das Kino nicht verheerlichen, doch sollte auch niemand es scheitern, der selber noch nie in einem Kino war. Es könne kulturfördernd wirken, wirke aber leider nur zu oft kulturwidrig, weil der Unternehmer seinen Vorteil dabei suchen muß. Zum Schutz der Jugend vor den schädlichen Einflüssen des Kinos, das in seiner Entwicklung, das „Koturbild“ vernachlässigend, auf den Abweg des gewinnbringenden „Dramas“ mit „gestellten Bildern“ geraten sei, habe man zu beschränkenden Maßregeln greifen müssen. Brunner schilderte, wie in Berlin die Durchführung der Ende 1912 ergangenen Polizeivorschriften beständigen Widerstand nicht bei den Unternehmern, sondern bei den Müttern gefunden habe. Manche

Mütter schickten früher ihre unbeaufsichtigten Kinder für einen Sechser in den „Kintopp“, wo die Kleinen — wenn kein Nummernauftrag hin- binausgeschickt — bis zum späten Abend vor leiblicher Gefahr ge- borgen waren. Heute dürfen Kinder unter 6 Jahren überhaupt in kein Kino hineingelassen werden, weder allein noch als Begleiter von Erwachsenen, und für Kinder und Jugendliche von 6 bis zu 16 Jahren ist nur der Besuch von Jugendvorstellungen erlaubt. Diese besonderen Vorstellungen hatten antans viel Zulauf, aber ihre Anziehungskraft ließ allmählich nach, so daß die nicht auf ihre Kosten kommenden Unternehmner sie nur noch selten veranstalteten oder sie ganz abkassierten. Unter An- erkennung der Verächtlichkeit des Verlangens auch der Jugend nach dem Kino bedauerte der Vortragende, daß durch schlechte Kinos nicht nur Erwachsene, sondern auch Jugendliche und Kinder ver- dorben worden seien, so daß bessere Darbietungen wenig Ver- lofendes für sie haben. Er warnte daher, in Kulturfragen müsse noch der Polizei und ihren Verbänden zu rufen (in diesem Zusammen- hang gebrauchte er sogar das Wort „Denunziantentum“), und empfahl, durch Bildung des Geschmacks die Kulturwidrigen Anstöße des Kinos zu be- kämpfen.

Gegenüber der von ihm selber herorgehobenen Tatsache, daß die Unternehmer aus Rücksicht auf den Ertrag doch immer wieder dem schlechtesten Geschmack ihres Zeitverweiltes nachgeben werden, schien Brunner kein Mittel zur Abhilfe zu wissen. Wir schlagen vor, daß die Gemeinden das Kino aus den Fesseln des gewinn- suchenden Unternehmens befreien und eigene Kinos schaffen, die in der Reihe ihrer Bildungsveranstaltungen ein neues Glied wären und besonders zu den Schulen in enge Beziehung ge- bracht werden müßten. Die Aufgabe, das Kino in eine Stätte der Weisheitsbildung und Kulturförderung umzuwandeln, läßt sich nicht von heute auf morgen durchzuführen und geht über die Kraft des Unternehmers, der „ein Geschäft machen“ will. Eine Gemeinde kann, toem's ihm muß, durch Zulassung der Kusturkino solange in seinem Bestand sichern, bis es sich durchgesetzt hat.

Berliner Lebensmittelnachrichten.

Da bei den derzeitigen Witterungsverhältnissen die Zufuhr- schwierigkeiten unverändert geblieben sind, wird auch für die fol- gende Woche in Berlin die Ration an Kartoffeln wiederum auf drei Pfund mit der Maßgabe festgelegt, daß derjenige, der seine drei Pfund Kartoffeln nicht zu erhalten vermag, von Donnerstag der nächsten Woche an auf die sechs Pfund schraffierten Kartoffelfacturenabschnitte zusammen 600 Gramm Gebäck entnehmen darf.

Auf die Zeitskarte werden in der kommenden Woche 50 Gramm Butter gegeben. Margarine wird nicht verabfolgt.

Das Berliner Armenwesen.

Der Staatsauskauf der Berliner Stadtverordnetenver- sammlung beriet die Pläne für das gesamte Armenwesen. Der Etat für die offene Armenpflege sieht einen Bedarf von 11 186 500 M. vor, der um 2 Millionen Mark geringer ist als der für 1916. Für Kur- und Hegekosten werden 35 000 M. mehr verlangt. Für die Hospitäler ist der Bedarf um 53 940 M. auf 1 583 280 M. infolge höherer Verpflegungskosten gestiegen. Die Waisenpflege erfordert 2 727 730 M., 160 000 M. mehr durch erhöhte Ausgaben für Privat- anstalten. Erheblich gestiegen sind die Anforderungen an die Für- sorgeerziehung: von 245 610 M. auf 524 230 M., hervorgerufen durch die Eröffnung der landwirtschaftlichen Erziehungsanstalt in Struveshof. Für das Arbeitshaus Nimmelsburg wurden 61 920 M., für das städtische Ldbach 579 300 M. und für die Krankenanstalt 2 348 420 M. verlangt und bewilligt. Die Irrenanstalten bedürfen 6 577 950 M.

Redung der Hilfsdienstpflichtigen durch die Post. Das Kriegs- amt hat bestimmt, daß die Hilfsdienstpflichtigen ihrer Meldepflicht dadurch genügen, daß sie eine ordnungsmäßig ausgefüllte Melde- karte nicht nur bei der Ortsbehörde abgeben, sondern auch der Post unter Umschlag zur Aushändigung an die Ortsbehörde übergeben können. Die Post liefert die Karten der Ortsbehörde portofrei ab, toem der Briefumschlag den Vermerk „Heeresangelegenheiten, Hilfsdienst- pflichtigen-Meldung“ trägt und offen am Schalter übergeben wird. In den Meldekarten ist ein Abreißstreifen unten angebracht, der von den annehmenden Postbeamten mit Unterschrift und Tagesstempel versehen, den Meldepflichtigen als „Meldebestätigung“ zurückgegeben wird. Am Schalter sind die Meldekarten mit dem zugehörigen Briefumschlag offen abzugeben. Der Annahmestempel legt die Karte in den Umschlag. Eine Prüfung oder Vergleichung des Inhalts der

Der Polizeimeister.

43] Ein russischer Polizeizoman von Gabrjela Sapolska.

„Aber, Janka! Wenn Razjo das sieht!“
„Ach, der sieht ja über seinen Büchern. Ich habe mich schon oft als Student verkleidet, wenn Razjo seinen Anzug zum Fürsten gab. Bin ich nicht ein feiner junger Herr?“
Sie ging vor dem großen Spiegel auf und ab und rügte die Mühe auf ein Ohr.
„Ich möchte gerne ein Junge sein!“ seufzte sie.
„Dann könntest du aber nicht Frau Kluge werden!“
„Das ist wahr!“ lachte Janka, „aber jetzt wollen wir gehen!“

Halina sah sie erstaunt an.
„Wißt du etwa so auf die Straße gehen?“
„Warum denn nicht? Wer soll mich denn in der Nacht erkennen? Uebrigens gibst du mir für den Rückweg einen dienstbaren Geist zur Begleitung mit.“
„Aber Janka, du könntest doch erkannt werden, und dann gibst's erst ein Gerede in der Stadt.“
„Ach, verdirb mir nicht den Spaß! Wir werden ganz schnell gehen!“

Ihre Augen leuchteten vor Uebermut. Sie schlüpfen sich ganz leise aus dem Vorzimmer. Janka nahm den Schlüssel mit. Schließlich wurde auch Halina ausgelassen. Janka führte ihre Kasse durch und zwang die Freundin, ihren Arm zu nehmen.

„Eins, zwei, eins, zwei. Siehst du, es fällt keinem Menschen ein, uns nachzusehen.“
Sie gingen über den finsternen Marktplatz und bogen immer kühner und ausgelassener in eine Nebenstraße ein.

„Was doch die Kleidung ausmacht!“ sagte Janka lachend. „Wenn ich Rock und Jackett und einen Federhut trüge, würde ich vor Angst zittern, aber so fürchte ich mich nicht im geringsten.“

Sie gingen eine Weile schweigend einher. Die Straße war menschenleer. Nur hier und dort blickte ein Licht in den Fenstern.

„Weißt du, ich gehe allein nach Hause!“ sagte Janka schließlich, „einen Studenten wird niemand anreden.“

„Nein, ich lasse dich nicht allein!“

„Ach, du Angsthase! Leb wohl! Wir sind jetzt vor deinem Hause, und ich muß dir gestehen, daß es mir lieber ist, wenn mich deine Mutter in dieser Verkleidung nicht sieht.“

„Das ist mir auch lieber!“ sagte Halina, die sehr streng erzogen wurde.

„Na, siehst du!“

Sie vergaßen ihre Rollen und lüfteten sich. Aber sofort fiel ihnen ein, was sie getan hatten. Sie fuhren ebenso schnell wieder auseinander und begannen zu lachen.

„Ein nettes Mädchen!“ sagte Janka, „das sieht von einem Studenten auf der Straße abfließen läßt.“

„Ein Glück, daß es niemand gesehen hat!“ erwiderte Halina.

Schließlich nahmen sie ernstlich Abschied, heiter und voll jugendlicher Lebensfreude.

„Gute Nacht, Herr Studiosus! Ich komme übermorgen wieder zu dir!“

„Bleib morgen. Papa ist verreist. Ich muß den ganzen Tag zu Hause bleiben.“

„Also morgen. Leb wohl!“

Janka riß die Mühe vom Kopf und schwang sie in der Luft. Dann ging sie raschen Schrittes durch die dunklen, engen Gassen . . .

VI.

Die arme Juzia. — Tagejew wird amüßlich. — Am Weißstraden. — Tagejew rüdt sich. — Der Unfall eines Tagew einen Dienst. — Der Studentenmantel. — Juzia handelt. — Razjo blüht. — Juzia wird losgelassen. — Janka ist verschwunden.

Als Juzia die Wohnung ihrer Herrschaft verlassen hatte, ließ sie geradewegs nach dem Polizeigebäude. Ihre Phantasie arbeitete feberhaft. Sie sah sich gerettet, selbst, wenn sie ihre Freiheit mit dem teuersten Opfer bezahlen sollte. Sie mußte, wie Markowski Tagejew hoßte und sie kannte ihre Macht über ihn.

„Ich werde es ihm schon danken,“ dachte sie, „er soll mich nur von hier fortbringen.“

Es lag wie zarter Frühlingsschnee über der Erde. Auch Juzia, die niemals eine reine, makellose Jugend gekannt hatte, empfand den Zauber der Frühlingnacht.

„Nein Gott,“ dachte sie, „warum bin ich anders als jene Mädchen, die aus dem Elternhaus heiraten, Kinder haben . . . ein Heim, einen Mann.“

Heiße Tränen rollten über ihre Wangen.

„Wie glücklich ist mein Fräulein,“ dachte sie weiter, „sie braucht sich nicht mit Männern einzulassen.“

Inzwischen war sie vor dem Polizeigebäude angelangt und warf einen habersüchtigen Blick hinauf.

„Wenn der Hund nur nicht herauskäme,“ dachte sie.

Aber wie durch den Fluch hernorgezaubert, öffnete Tage- jew plötzlich die Tür seines Vorzimmers und betrat, zum Aus- gehen angezogen, den Flur.

Juzia wollte zurücktreten, aber er bemerkte sie sofort und fragte, die Augen zusammenknirschend:

„Zu mir?“

Juzia antwortete nicht, sie überlegte, wie sie diese Be- gegnung erklären könnte.

„Ja,“ sagte sie schließlich, „ich wollte mitteilen, daß . . .“

Sie hielt inne und sann nach, was sie sagen könnte, ohne Gorski zu schaden.

„Das was?“

„Daß der Bräutigam des Fräuleins, Herr Kluge, morgen aus Krakau kommt.“

Tagejew fuhr auf, wie von einer Tarantel gestochen.

„Mit welchem Zug?“

„Mit dem Abendzug.“

„Was noch?“

„Weiter nichts!“

Tagejew nickte mit dem Kopf und ging die Treppe hin- unter. Juzia begriff jedoch nach der Art, wie er ihre Mit- teilung entgegengenommen, daß auch diese ihre Bedeutung habe. Sie wurde traurig bei dem Gedanken, daß sie den Gorski vielleicht wieder geschadet habe.

„Als hätte mich jemand verflucht!“ flüsterte sie, während sie zu Markowski hinaufging.

Inzwischen ging Tagejew nach dem Marktplatz zu; er wollte den Sängern einen Besuch abstatten und seine Gedanken, die ihn seit dem Morgen peinigten, ablenken. Zum erstenmal wagte er nicht, wie er es anfangen sollte, um sich zu retten. Eines war ihm nur klar, daß Gorski, der Haupt- urheber der gegen ihn gerichteten Aktion, eine Zeitlang un- schädlich gemacht werden müsse. Durch Gorski's Reise hatte er zwei Tage gewonnen. Aber was sollte weiter geschehen? Er dachte daran, ob es nicht zweckmäßig wäre, Jossels einzeln zu jedem abzusenden, der seine Unterschrift gegeben hatte und ihnen die furchtbaren Folgen vor Augen zu führen, die dieser unvernünftige Aufbruch nach sich ziehen würde. Vor allem galt es aber, Gorski's Zorn zu brechen. Sobald das Haupt und der Anführer der Tat versagten, würde die Wenge die Energie verlieren. Auch Kluge's Antritt war Tagejew nicht recht. Er überlegte, ob er nicht Marko wski zur Grenze schicken sollte, um Kluge in Güte zur Umkehr zu bewegen, oder ob er nicht lieber sofort Anzeige erstatten sollte, daß Kluge nicht über die Grenze gelassen werde.

(Fortf. folgt.)

Meldefarben liegt den Annahmestellen nicht ob. Für die Annahme der Meldefarben werden bei den größeren Postämtern besondere Schalter bestimmt.

Bekleidung der Hilfsdienstpflichtigen.

Zur neuen Armee-Verordnungsblatt teilt mit:
1. Hilfsdienstpflichtige und freiwillig Hilfsdienst leistende tragen grundsätzlich bürgerliche Kleidung, auch wenn sie bei Truppenteilen und militärischen Behörden beschäftigt werden. Für die Unterhaltung, Beschaffung und Ersatz der Bekleidung müssen sie selbst sorgen. Eine besondere Bekleidungsentschädigung erhalten sie in keinem Falle, diese ist vielmehr in ihrem Lohn — § 8 des Gesetzes über den vaterländischen Hilfsdienst (R. V. Bl. S. 510) — enthalten.

2. Die Bundesratsverordnungen und die dazu gehörigen Ausführungsbestimmungen über den Erwerb von bürgerlicher Kleidung und Schutzkleidung gelten auch für die Hilfsdienstpflichtigen usw. Für berufliche Sonderbekleidung gelten die Bestimmungen des nachstehenden Erlasses vom 14. März 1917. Für die in besetzten Gebieten bei Truppenteilen und militärischen Behörden beschäftigten Hilfsdienstpflichtigen findet der Erlass vom 9. November 1916 Anwendung, mit der Abänderung, daß die Kostwendigkeit der Anschaffung die Dienststelle bescheinigt, bei der der Hilfsdienstpflichtige beschäftigt wird. Diese Dienststelle hat den Bezugsherrn der Stappensinspektion (Stappen-Kommando, General-Gouvernement Belgien und Sarajewo, Militärverwaltung Rumänien) zum 1. und 15. jedes Monats zur weiteren Entscheidung zuzustellen.

3. Welche Bekleidungsstücke von der Bundesverwaltung unentgeltlich leihweise geliefert werden, ist durch den Erlass vom 13. Februar 1917 geregelt. Wird weitere militärische Kleidung, zu der im Sinne dieses Erlasses auch Kamischäbden gehören, für erforderlich erachtet, so ist sie von der militärischen Dienststelle, bei der der Hilfsdienstpflichtige beschäftigt ist, unter Begründung der Notwendigkeit auf dem Dienstwege beim Kriegsministerium (Armeeverwaltungs-Departement) zu beantragen. In der Entscheidung wird bestimmt werden, ob die Bekleidungsstücke gegen Entschädigung oder unentgeltlich zur Verfügung gestellt werden, und welche Abnutzungsentschädigung vom Hilfsdienstpflichtigen einzuziehen ist.

Die Versorgung der Kriegsteilnehmer, ihrer Familien und ihrer Hinterbliebenen. Dieser Führer durch die gesetzlichen Bestimmungen wird in einigen Tagen wieder neu herausgegeben. Die Puhandlung Vormärts macht die Interessenten auf das Wachsen erneut aufmerksam.

Ueber Lungentuberkulose, ihre Gefahren und Bekämpfung spricht am Montag, den 19. März, abends 8 Uhr, im Bürgerklub des Rathauses Herr Dr. Goldheim. Der Vortrag, der von der Zentralkommission der Krankenkassen Berlin und der Sororte veranstaltet wird, findet mit Lichtbildern statt und wird für männliche und weibliche Personen gemeinschaftlich gehalten.

Unentgeltlicher Unterricht in Säuglingspflege findet wieder im Kinderhaus statt und zwar wöchentlich einmal mit praktischen Übungen, Meldungen schriftlich oder mündlich im Bureau des Kinderhauses, Blumenstr. 97.

Zum Zoologischen Garten lockt am heutigen Sonntag der Eintritt während des ganzen Tages für Erwachsene und Kinder nur 25 Pf. die Person; ebenso für das von 9 Uhr morgens bis 8 Uhr abends geöffnete Aquarium. Von 4—10 Uhr nachmittags ab findet Konzert statt.

Admiralpalast. Von dem Cirkellett „Frau Fantase“ findet heute die letzte Sonntagsvorstellung statt. Heute zwei Vorstellungen, nachmittags 4 Uhr (zu halben Preisen) und abends 7 1/2 Uhr. In beiden gelangt die Pantomime ungekürzt zur Vorführung.

Großfeuer kam in der Nacht zum Sonnabend aus noch nicht ermittelter Ursache im Norden aus. Am Ende von Reclam-Platz brannte das Eckhaus Nr. 8 und Tille-Wardenburg-Str. 9. Als die Feuerwehr an der Brandstelle ankam, schlugen die Flammen schon aus allen Dachfenstern und Öffnungen. Das Haus war total verqualmt, die Treppen kaum zu begehen. Ueberall geängstigte Hausbesitzerinnen und Aute nach Hilfe. Im Schmelzraum wurden mehrere mechanische Leitern aufgestellt und von allen Seiten tüchtig geleitet. Nach achtstündiger Arbeit konnte die Wehr die Brandstelle verlassen.

Verkehrsunfälle. An der Ecke der Leipziger und Wilhelmstraße stießen ein Geschäftsfuhrwerk und ein Straßenbahnwagen zusammen, wobei das Pferd getötet und der Fahrer erheblich verletzt wurde. Die Feuerwehr mußte das Verkehrshindernis beseitigen. Der Verkehr in der Leipziger Straße erlitt infolge des Zusammenstoßes eine Störung von längerer Dauer, die sich weit über Potsdamer Platz und Spittelmarkt bemerkbar machte. — An der Ecke der Posten- und Sauerbrunnstraße wurde ein StraÙe von der Straßenbahn überfahren. Die Feuerwehr brachte ihn nach dem Urban-Krankenhaus, wo man schwere Verletzungen feststellte. — Vor dem Hause Sprengelstraße 6 auf dem Wedding ging ein mit drei beladener Wagen in Flammen auf. Der zweite innerhalb 24 Stunden. Nur mit Mühe konnten die Pferde gerettet werden. Angeblich soll Fahrlässigkeit vorliegen.

Aus den Gemeinden.

Lebensmittelverteilung in Charlottenburg. In der Zeit vom 19. bis 25. März gelangen zur Ausgabe 250 Gramm Fleisch, 8 Pfund Kartoffeln oder, falls solche nicht erhältlich, 600 Gramm Gebäck. An Zucker werden 1/2 Pfund veranschlagt. Auf die rote Nahrungsmittelkarte gibt es 1/4 Pfund Weizenmehl (Abchnitt 40), einen Bückling oder Nudelteigwaren im Gewicht von 100 Gramm (Abchnitt 60), Kohlrüben 4 Pfund (Abchnitt 52), Kirschkorn 1/2 Pfund zum Pfundpreise von 80 Pf. auf Abchnitt 53, Daserbsen 1/2 Pfund auf Abchnitt 54 und 200 Gramm Mehl auf Abchnitt 55. Die kleinen Bezugsmarken werden mit 100 Gramm Haselnußöl und 125 Gramm Bouillonextrakt auf Abchnitt 3 eingeleist (Haushaltungen bis zu 3 Personen). Die großen Bezugsmarken (Haushaltungen von 4 und mehr Personen) mit 150 Gramm Haselnußöl und 200 Gramm Bouillonextrakt. Butter gibt es diesmal 80 Gramm, ferner 1 Ei zum Preise von 28 Pf. Ein Liter Magermilch wöchentlich wird für jeden Haushalt mit Kindern, die vom 1. April 1907 bis zum 31. März 1911 geboren sind, geboten, jedoch nur eine Karte für den Haushalt. Die Kartenausgabe für die Magermilch erfolgt bis zum 31. März d. J. auf der zuständigen Protokommision gegen Vorlage einer amtlichen Urkunde. Die Karten müssen bis zum 24. d. Mts. abgegeben sein.

Lebensmittelversorgung in Reuthe. In der kommenden Woche dürfen an Stelle von Kartoffeln, deren Lieferung infolge der Witterungsverhältnisse noch nicht möglich ist, wie in der vorigen Woche auf die Kartoffelkarte 600 Gramm Gebäck und 200 Gramm Mehl entnommen werden. Auf die Kartoffelzettelkarte entfallen weitere 400 Gramm Gebäck. Gegen Vorlage der Mittelkarte einer Kaufkarte Prokarta der 108. Wache und Ausweis durch die Haushaltungskarte können anßerdem je 8 Pfund Kohlrüben verkauft werden. Die Fleischmenge ist auf 250 Gramm pro Kopf festgesetzt. Auf den Abchnitt 17 der Eierkarte entfällt 1 Ei. Ferner werden in den Mäherwarengeschäften voraussichtlich Bäcklinge und Brotrollen abgegeben werden. Vom Donnerstag ab können die Einwohner in den Geschäften, wo sie in die Lebensmittelkarten eingetragen sind, aber Vorauszicht nach 1/2 Pfund Graupen pro Kopf erhalten.

Zur Zuckerversorgung Reuthe. Vom Magistrat wird uns mitgeteilt, daß die Belieferung der Zuckerkartenthaber mit dem ihnen zustehenden Zucker sich noch immer nicht hat durchführen lassen, weil ein für die Stadt Reuthe verladener Kahn eingefroren ist und die Heranschaffung des Zuckers durch Bahntransport nicht in dem erforderlichen Umfang erreicht werden konnte. Von dem auf der Eisenbahn herangebrachten Zucker hat im Laufe dieser Woche ein großer Teil der Kartenthaber bereits beliefert werden können.

Witte, spätestens Ende nächster Woche werden die Zuckerkartenthaber in den Besitz des ihnen zustehenden Zuckers gelangen. Die rückständigen Zuckerkarten können dann in vollem Umfang eingelöst werden.

Von heute bis Mittwoch, den 21. d. M., findet eine Neuanmeldung des Zuckerbezuges beim Kleinhändler statt. Die bisherigen Kundenlisten verlieren mit dem 31. März d. J. ihre Gültigkeit. Bei der Anmeldung sind die Zuckerkarten, die in diesen Tagen zugestellt werden, vorzulegen.

Zur Massenverschickung der Schöneberger Kinder. Im Interesse der besseren Ernährung der Kinder beabsichtigt die Stadt die Massenverteilung der Schulkinder während der Sommermonate auch auf die Kinder der höheren Schulen zu erstrecken. In Betracht kommen die Kinder vom 10. bis 16. Lebensjahr. Alle näheren Mitteilungen werden die Kinder in den nächsten Tagen durch ihre Schule erhalten.

Ausgabe der Magermilchkarten in Schöneberg. Die Magermilchkarten werden am 19., 20. und 21. März an die Haushaltungen mit Kindern von 6 bis 10 Jahren durch die zuständigen Protokommisionen ausgegeben. Das Alter der Kinder ist nachzuweisen.

Spartakus-Taktik.

Aus Sieglitz wird uns geschrieben: Im Braunschweiger „Volkstribüne“ vom 7. März verübt ein Steglitzer Spartakusmann unsere hiesigen Gemeindevertreter zu verunglimpfen. Nachdem er durch Aufhebung eines Verfallensbetrags eines bürgerlichen Klattes Äußerungen unseres Genossen Eymann in der Lebensmittellkommission der Gemeinde in die Versammlung eines bürgerlichen Vereins verlegt hat, wirft er Eymann vor, daß er in bürgerlichen Vereinen auf Stimmengänge gebe, um bei künftigen Wahlen die Antifronte nicht zu verlieren, während er in der Gemeindevertretersitzung die Beschwerden der Wählerkass nicht vordringe. Soviel Worte, soviel Unrichtigkeiten! Aber das lächeln die „Grundzüge“ der Spartakus-Organisation zu sein.

Lebensmittelanfragen aus Reih. In der laufenden Woche gelangen in der Verkaufsstelle der Gemeinde zum Verkauf auf Abchnitt 21 Hafermehl (je Person 1/2 Pfd.), Abchnitt 22 Mehl (je Person 200 Gramm, nur bei den Kleinhändlern), Abchnitt 23 Heringe (je Person 1 Stück), Abchnitt 24 Magaluppen (je Person 1 Teller), Abchnitt 25 Leberwurstpatate, Scholle in Äpfel, Fischlöße, Mischfleisch oder eingedicktes Gemüse, nach Wahl, Abchnitt 26 Kumpfhirt (je Person 1/2 Pfd.), Abchnitt 27 Sonderzuteilung, Abchnitt 29 Sauerkraut, nur bei den Kleinhändlern (je Person 1/2 Pfd.).

Antifronte und Sauerkraut gelangen nur bei den Kleinhändlern zum Verkauf. Diese Abchnitte der Lebensmittelkarte werden abgegeben: Streichholz, Zwiebeln, Pfeffer, Solmal-Salzmittel, Salz und Fruchtkeude. Der Verkauf von Zwiebeln erfolgt nur auf Karten mit Sonderzuteilung und an Kranke.

Die Abgabe der Waren erfolgt für die Lebensmittelkarte Nr. 1—800 am Montag, Nr. 801—1000 am Dienstag, Nr. 1001 bis 2100 und Nachzügler Nr. 1—1000 am Mittwoch, Nr. 2101—2900 am Donnerstag, Nr. 2901—3700 am Freitag, Nr. 3701 bis Schluß und Nachzügler Nr. 1001—8700 am Sonnabend.

Die Abgabe von Fleisch und Leberwurst erfolgt bei dem Kaufmann Profius nur noch auf Abchnitt 90 der Lebensmittelkarte.

Groß-Berliner Parteinachrichten.

Konwred, Mittwoch, den 21. März, abends pünktlich 8 1/2 Uhr, im Lokal von Max Singer, Pfisterstr. 31: Versammlung des Wahlvereins. Tagesordnung: 1. Geschäftliches. Die Lebensmittelversorgung der Gemeinde. 2. Informativischer Vortrag: Die Lage unserer Kreisorganisation. Referent: Gen. Page 18. Gäste können durch Mitglieder eingeführt werden.

Aus Industrie und Handel.

Attentate auf die deutsche Währung.

Durch die neuen Verordnungen über die Einfuhr aus dem Auslande und den Zahlungswerte mit dem Auslande soll die deutsche Währung noch ausländischen Zahlungsmitteln eingeschränkt werden. Dadurch hofft man, den Kurs der Reichsmark zu festigen. Der Hunger nach ausländischen Zahlungsmitteln ist aber so groß, daß der fündigste Gesetzgeber merken muß, er habe noch Räden gelassen. Von einem ganz raffinierten Mittel, die Verordnungen zu umgehen, berichtet der „Totalanzeiger“ aus Bern. Danach haben deutsche Firmen in der Schweiz Hypotheken in Deutschland angekauft, die kurz vor der Fälligkeit standen. Diese Hypotheken wurden dann in der Schweiz weiterverkauft oder verpfändet. Da sich die Einschränkung des Zahlungsverkehrs mit dem Ausland nicht auf Zahlungen auf hypothekarische Verpflichtungen erstreckt, so können die Inhaber der fälligen Hypotheken ohne weiteres Zahlung verlangen und erhalten. Auf diesem Umwege werden gewissermaßen auf Markt lautende Bonifikationen zum Ankauf schweizerischer Zahlungsmittel ausgeführt. Die Zukunft verlangt mit Recht, daß die Reichsbank ohne Verzug diesen schlaunen Wäand-bera Einhalt tut.

Trotz aller Verjüge, den Kurs der Mark zu festigen, ist ihr Wert in Leipzig seit an den neutralen Börsenplätzen Europas etwas gesunken, wenn auch der Anfang Dezember erreichte Tiefstand nicht überholt wurde. Umgekehrt haben die Kreise der in Berlin notierten ausländischen Zahlungsmittel teilweise eine, wenn auch nicht beträchtliche Erhöhung erfahren. Ständig bleibt nur der Kurs der Mark in New York, was auf den ersten Blick auffällig, sich aber aus der Zurückziehung deutscher Guthaben in Amerika und den dort herrschenden Mangel an deutschen Zahlungsmitteln unschwer erklärt.

Aus dem Berliner Wirtschaftsleben.

Die Berliner Lloyd-Reisen-Gesellschaft wird in der Schiffschen Dampfer-Kompagnie aufgehen, welche bereits früher die Breslauer Schiffahrtsgesellschaft und die Transatlantische Güter-Eisenbahn aufgelassen hat. Dadurch wird die Dampfschiffahrt im östlichen Deutschland einheitlicher. Charakteristisch ist, daß in den Aufsichtsrat der Schiffschen Dampfer-Kompagnie auch die Herren Ballin und Suldermann von der Hapag eintreten werden.

Ein Schiffsahrtsabluß.

Während die meisten Schiffsahrtsgeellschaften von der Erlaubnis des Bundesrats Gebrauch gemacht haben, in der Kriegszeit keine Pläne zu veröffentlichen, ist die Hamburg-Lübeckische Dampfschiffahrts-Gesellschaft von dieser Regelung abgesehen. Die Gesellschaft hat die meisten ihrer Schiffe teils in belandische, teils in südamerikanische Häfen gerettet — sie würde ihre Tonnage nur durch eventuellen Eintritt Prellens in den Krieg vermindern können — und war so glücklich, eine Anzahl von Dampfern in der Seefahrt mit Schweden beschickten zu können. Sie zahlte deshalb in den ersten beiden Kriegsjahren je 4 Proz. Zinsende gegen 14 Proz. im Frieden. Für 1916 entfällt eine Ausschüttung. An die Stelle des Gewinns von 1,1 Millionen Mark ist ein Verlust in gleicher Höhe getreten. Für die Kriegsjahre ist höchst charakteristisch, daß der Eisenkurs den Stand der Aktien dieser Gesellschaft mit 170 Anteilen, ein Kurs, der angesichts des Risikos und der minimalen Rentabilität einfach lächerlich hoch ist. Aber die hohen Kriegsgewinne haben die Phantasie angereizt, und die Spekulation treibt bereits eifrig die Papiere, die in dem leidet und so fernem Frieden möglicherweise eine höhere Dividende abwerfen werden, obwohl es gerade bei den Schiffsahrtsgeellschaften durchaus nicht so sicher ist, ob sie nach den schweren Kriegsjahren ihre Aktien sofort durch hohe Gewinnzuschüttungen werden entzücken können.

Soziales.

Die Umgestaltung der seither bestehenden Arbeiterausschüsse.

Das Hilfsdienstgesetz, das für alle gewerblichen Betriebe mit mindestens fünfzig Arbeitern das Bestehen von ständigen Arbeiterausschüssen vorschreibt, deren Wahl und Einrichtungen näher geregelt sind, besitzt eine große Lücke insofern, als es gestattet, daß Betriebe, in denen schon früher ständige Arbeiterausschüsse nach § 134h der Gewerbeordnung oder nach den Vergesetzen bestanden, von diesen neuen Vorschriften ausgenommen sind. Nach § 134 h, Ziffer 1, können auch die Vorstände der Betriebskrankenkassen als Arbeiterausschüsse bestellt werden. Damit ist es möglich, daß solche alte Ausschüsse mit ihren vielfachen Mängeln in der Zusammenlegung Geschäftsführung usw. weiter bestehen können. Durch eine Verordnung ist bestimmt worden, daß als Arbeiterausschüsse, die beim Erlaß des Hilfsdienstgesetzes, das war am 6. Dezember 1916, bereits bestanden, jedoch nur diejenigen gelten können, die damals schon auf Grund der Gewerbeordnung oder der Vergesetze „bestellt“ oder errichtet waren. Eine derartige ausdrückliche Bestellung des Vorstandes der Betriebskrankenkasse soll aber nur dann als vorliegend anzuerkennen sein, wenn z. B. eine Mitteilung an den Vorstand der Betriebskrankenkasse und an die übrigen Arbeiter der Fabrik ergangen war, daß der Rassenvorstand fortan die Aufgaben eines ständigen Arbeiterausschusses wahrnehmen sollte. Wurden nur gelegentlich mit dem Rassenvorstand Fragen besprochen, die für die Arbeiterchaft des Betriebes Bedeutung hatten, so liegt hierin keine „Bestellung“. Die Aufrechterhaltung der alten Ausschüsse zu beseitigen, war bei der Beratung des Hilfsdienstgesetzes leider nicht möglich. Da sie aber die Aufgaben, die das Hilfsdienstgesetz ihnen stellt, nicht erfüllen können, hat sich der Reichstagsausschuss für das Hilfsdienstgesetz bereits mit Beschwerden aus Arbeiterkreisen hierüber beschäftigt und dabei folgende Resolution angenommen:

„Der Ausschuss spricht die Erwartung aus, daß die Arbeitgeber die nach § 134h der Gewerbeordnung bestehenden Ausschüsse nach den Vorschriften des § 11 des Hilfsdienstgesetzes zusammenfassen.“

Nehe konnte der Ausschuss nicht tun, weil das Gesetz von ihm nicht einseitig abgeändert werden kann. Es bleibt daher nichts anderes übrig, als gestützt hierauf, die Umgestaltung der einzelnen alten Ausschüsse zu betreiben. Bleiben dahingehende Verhandlungen mit einem Unternehmer ohne Erfolg, so können verschiedene Hilfsmittel angewendet werden. Es kann nach § 13 des Hilfsdienstgesetzes der mindestens bei jedem Bezirkskommando bestehende Schlichtungsausschuss angerufen werden. Weiter kann der zuständige Gewerbeinspektor gebeten werden, vermittelnd einzugreifen, und schließlich kann eine Beschwerde beim Kriegsamt in Berlin W., Leipziger Platz 13, erhoben werden. Eine solche Beschwerde müßte entweder von einer Kommission, die von der Arbeiterchaft des Betriebes gewählt wird, oder von einer möglichst großen Zahl von Arbeitern des Betriebes unterzeichnet werden. Mit der Beschwerde müßte das Kriegsamt bemogen werden, auf den in Frage kommenden Betrieb einzuwirken, daß ein Ausschuss nach den Bestimmungen des Hilfsdienstgesetzes gewählt wird. Es ist nicht gut denkbar, daß alle diese Mittel erfolglos bleiben.

Ein anderer Weg, die Umwandlung zu erreichen, ist nicht vorhanden. Seither war noch die Meinung vertreten, daß bei Ergänzungsarbeiten alter Ausschüsse nach den neuen Vorschriften zu verfahren ist. Diese Meinung ist aber durch eine Verordnung des preussischen Ministers für Handel und Gewerbe vom 22. Januar 1917 zerstört worden, die in § 9 ausdrücklich bestimmt, daß auch bei solchen Wahlen nach den Bestimmungen für diese alten Ausschüsse, nicht nach § 11 des Hilfsdienstgesetzes zu verfahren ist. Es bleibt daher in diesem Punkte nur übrig anzunehmen, daß lediglich bei solchen alten (nicht aus dem Betriebskrankenkassenvorstand bestehenden) Arbeiterausschüssen, die am 6. Dezember 1916 wohl auf dem Papiere in der Arbeitsordnung oder sonstwo standen, in Wirklichkeit aber gar nicht mehr vorhanden waren, wie es so häufig vorkam, auf Grund der neuen Vorschriften die Neuwahlen vor sich zu gehen haben und eine Neukonstituierung vorzunehmen ist.

Der Reichsverein der Kinderfreunde Österreichs.

Witten im Weltkrieg ist als letztes Glied der großen Arbeiterorganisationen Österreichs ein neuer Reichsverein entstanden, der eine Lücke im Leben der Arbeiterchaft auszufüllen haben wird: der Reichsverein „Kinderfreunde“ für Österreich. Der Krieg hat in Österreich die Notwendigkeit einer eigenen Kinderfürsorgeorganisation der Arbeiterchaft deutlich werden lassen, und je länger der Krieg dauert, um so größer werden die Anforderungen, die das Wohl und der Erziehung der proletarischen Kinder stellen. Schon vor dem Kriege bestanden Vereine der „Kinderfreunde“, und zwar 38 arbeitende Ortsgruppen; einige hat der Krieg und die Einberufung der besten Funktionäre zum Stillstand gebracht. Von diesen Ortsgruppen sind 23 in Niederösterreich, 8 in Steiermark, 3 in Kärnten, 1 in Tirol und 1 in Wien. Die Ortsgruppen in Niederösterreich und in den Alpenländern waren zu Landesvereinen zusammengeschlossen, die die Aufgabe hatten, in ihrem Land zu wirken. Die wachsenden und immer verantwortlicher werdenden Aufgaben im Kriege haben gelehrt, daß die Organisation auf eine breitere Basis gestellt werden müsse, denn es gilt jetzt schon für den Frieden zu rüsten.

Der Zweck des Vereins ist, die Eltern zu vereinigen, damit sie durch ihre Selbsthilfe und die Kraft, die in der Vereinigung liegt, die Mittel erwerben, ihren Kindern eine glückliche Jugend und eine bessere Erziehung zu vermitteln. Das für den einzelnen Vater unmöglich ist, das soll für die Gesamtheit der Väter nicht unmöglich sein. Der Verein soll sich aber auch von den bürgerlichen Kinderfürsorgevereinen unterscheiden, die geschaffen werden, um anderen Kindern Wohltaten zu bereiten. Es soll das proletarische Kind von der Bettelware und dem „Hilf“-Hand-lagen befreit werden. Die gründende Versammlung der Reichsorganisation hat am 23. Februar in Wien stattgefunden und alle Reichsorganisationen hatten Delegierte entsandt.

Der neue Reichsverein hat seine Tätigkeit aufgenommen und alle Funktionen sind an den Reichsverein „Kinderfreunde“ Österreichs, Wien XII, Schönbrunnerplatz 234 zu richten. Die Zentralisation bedeutet für die „Kinderfreunde“ einen Fortschritt, der auch für die gesamte Arbeiterbewegung nicht bedeutungslos bleiben wird. In der Frage an Tätigen, die die österreichischen Parteioorganisationen in jeder Richtung ausgebildet haben und noch immer ausüben, geleistet hat nun ein neues und großes Arbeitsfeld, das gewiß neues Land ist, auf dem sie aber hoffentlich bald ein Reich für die Kinder errichten, das ihnen körperliche Gesundheit, geistige Klarheit und eine glückliche Jugend besichert.

Berichtszeitung.

Jugblattprozesse.

Unter der Anklage der Aufreizung zum Mord wurden die Schüler Heinrich Th. und Max Th. aus der Untersekundarklasse der 1. Stroßammer des Landgerichts III vorgeführt. Sie hatten

an ihrer Arbeitsstätte ein gegen das Verbotsgesetz gerichtetes Flugblatt, betitelt „Deutschland, ein fertiges Nichts“, bezweckt. Da beide Angeklagte früher Beamte von Wohlverhaltens waren, so fand ihre Angeklagte, daß sie den Inhalt des Flugblattes nicht gekannt, keinen Glauben. Der Staatsanwalt beantragte je sechs Monate Gefängnis. Der Gerichtshof beschloß, daß die Angeklagten inhaftiert und ein großer Schaden nicht anerkannt worden sei und erkannte auf drei Monate Gefängnis unter Anrechnung von zwei Monaten Untersuchungshaft. Die Angeklagten wurden aus der Haft entlassen.

Eine Anklage ähnlicher Art führte sodann noch die Arbeiterinnen L. und S., deren Schicksal in der Schaubst, wie erinnerlich, im Reichstage sehr lebhaft Debatten verursachte, wieder vor das Gericht. Die Leinwand mitgeteilt, waren die beiden Arbeiterinnen vom Schöffengericht Berlin-Witte zu je sechs Wochen Gefängnis verurteilt worden, weil sie Flugblätter, die zu einer Kundgebung für Reichstag aufzubringen, verteilt hatten, auf denen tochter Bruder nach Verleger angegeben war. Eine Anrechnung der dreimonatigen Untersuchungshaft fand nicht statt, da sie schon bei dem erkannten Strafmaß berücksichtigt worden sei. Gegen dieses Urteil war Berufung eingelegt worden. Das Gericht erkannte jedoch auf Verwerfung. (2)

Der Hilfsdienst vor dem Kaufmannsgericht.

Die 2. Kammer des Berliner Kaufmannsgerichts hatte sich Freitag mit dem Falle eines freiwillig in den vaterländischen Hilfsdienst eingetragenen Handlungsgehilfen zu beschäftigen. Der Kläger L. verdiente bei der beklagten Schutzfirma B. nur 80 M., wovon er nicht auskommen konnte. Als ihm ein Verdienst von 180 M. im vaterländischen Hilfsdienst winkte, bat er seine Chefs um die Erlaubnis, schon am 1. Februar auszutreten zu dürfen, was ihm bedingt mit den Worten bewilligt wurde: „Gewiß können Sie schon am Ersten gehen, wenn wir Ersatz für Sie bekommen.“ Der Kläger wurde denn auch am 1. Februar verabschiedet, sein verdientes Gehalt wurde ihm jedoch vorzuenthalten, mit der Begründung, die Firma hätte durch seinen frühen Austritt einen die Forderung von 135 M. übersteigenden Schaden. Vor Gericht gab der Vertreter des Unternehmens dazu die Erklärung ab, sie hätten zuerst Ausgaben durch Inserate gehabt, mit denen

sie eine neue Kraft suchten, und sodann bekäme die Ersatzkraft 250 M. Monatsgehalt. Der Chef habe allerdings die Genehmigung zum vorzeitigen Austritt erteilt, aber nur unter der Voraussetzung, daß eine Ersatzkraft da sei. Da sie nicht billiger zu beschaffen war, so müsse L. für den der Firma entstandenen Schaden aufkommen. — Das Kaufmannsgericht hielt den Standpunkt der Beklagten sowohl in menschlicher wie in rechtlicher Beziehung unhaltbar. Wenn die Beklagte den Gehilfen so gering entlohne, daß sie einer Ersatzkraft das Dreifache zahlen müsse, so könne man es dem Kläger, der für seine Mutter, eine Arbeiterin, und einen unmündigen Bruder zu sorgen habe, nicht verdenken, wenn er sich beifere bezahlte Arbeit im vaterländischen Hilfsdienst suche. Auch in rechtlicher Beziehung habe L. seine volle Schuldigkeit getan, denn er sei nicht einfach fortgegangen, sondern habe sich erst ordnungsgemäß die Erlaubnis zum vorzeitigen Austritt erwirkt. — Nachdem der Kläger sich freiwillig bereit erklärte, der Firma 10 M. Inzestionskosten zu vergüten, empfahl das Gericht der Beklagten, die verbleibende Summe von 125 M. zu zahlen, was diese auch tat.

Aus aller Welt.

Ein gefährdeter Waldmensch, der lange Zeit der Schrecken der Förster in dem Gebiete zwischen Deutsch-Chaus und Soltau war, und zwei Bluttaten auf dem Gewissen hat, wurde jetzt von einem Berliner Kriminalbeamten unerschrocken gemacht. Ein 32 Jahre alter Theophil Kopsitzky, der als Wilderer in den Wäldern hauste, war früher schon einmal festgenommen worden. Im Jahre 1915 erlangte er aus dem Gefängnis in Osterode und nahm sofort sein Treiben wieder auf. Die Bevölkerung, die ihn fürchtete, gewährte ihm und den Spießgesellen, die er fand, oft genug Unterschlupf und erschwerte so seine Verfolgung. Den Verbrechern kam zustatten, daß jetzt die meisten Förster zum Herrensdiens einbezogen sind. Mit russischen Gewehren ausgerüstet, überfiel die Bande Forsthäuser und einsam gelegene andere Gehöfte und veranfaßte mitunter eine regelrechte Belagerung. Ein Forstgehilfe Gleisner aus Protolchin, der ihn überraschte, wurde von Kopsitzky

erschossen und in einen See geworfen. Die Leiche ist bis heute noch nicht gefunden. Erst am 4. September v. J. ließ der Förster Wendel auf den Tagbergen mit dem Wilderer zusammentreffen, als er gerade ein Stück Wild zerlegte. Wendel erhielt vier Schußwunden und stieß an den Verletzungen. Einem Berliner Kriminalbeamten gelang es jetzt, den Verbrecher in der Gegend von Zerrenhöfen aufzufinden und auf einem der kleinen Gehöfte, auf denen er in den großen Wäldern einen Unterschlupf hatte, zu überraschen. In dem letzten Kampfe erhielt Kopsitzky zwei Schüsse in den Oberarm und den rechten Arm und wurde so lahmfähig gemacht und übermächtig. Er ist dem Landgerichte Thorn eingeliefert worden.

Doppelmord. Unter dem Verdacht, die Ehefrau Kirichen und ihr Dienstmädchen ermordet zu haben, ist in Polen ein alter Tuchhändler, namens Köhner, der vor einigen Tagen aus einer Strafanstalt entfiang, verhaftet worden.

Briefkasten der Redaktion.

N. 100. Schmutz und gelb-gewaschene Wäsche werden nie polst gereinigt: Man läßt etwas Chlor in kochendem Wasser. Mit diesem Wasser, dem weiter nichts beigesetzt wird, wäscht man mit weichen Pinsel oder Schwamm die Wäsche. Es ist darauf zu achten, daß Pinzel oder Schwamm beim Waschen niemals nass gehalten werden. — **N. 99. 1000.** Wein. — **C. S. I.** Ein 10-jähriger Knabe kann aus der Volksschule noch in eine höhere Schule übergehen. Schulgeld in neunjährigen höheren Schulen jährlich 140 M. Bessere Kostum am besten in der betreffenden Anstalt. — **Ed.** In logenonten Kallender. Welche Kräfte in der See zur Anwendung kommen, ist uns nicht bekannt. Unseres Wissens: Ja. — **N. 24. 53.** Weiber sein: dazu ist jedwede männliche Kenntnis und Lebenserfahrung. — **S. P. 07.** Ja, da die Operation nicht als lebensgefährlich zu bezeichnen ist. — **N. 40.** Von der Rinde dürfen Sie nichts fügen, der Hausarzt könnte sonst gegen die Quinquinafrage einlegen; auch eine Abgabe auf Schadenersatz erscheint uns in ihrem Ergebnis für Sie zweifelhaft. — **N. 9.** Sie können die Geschenke nicht zurückfordern. Sie haben auch keinerlei Schadenersatz. — **C. R. 58.** Sie tun recht am besten, sich zu Ihrer Information ein Heftchen zu kaufen. — **N. 2. 78.** Nein.

Wetterausichten für das mittlere Norddeutschland bis Montag mittig. Jenseitig milde und zeitweise aufhellend, jedoch überwiegend trübe mit geringen Niederschlägen.

Deutscher Metallarbeiter-Verband

Verwaltungsstelle Berlin.
Den Kollegen zur Nachricht, daß unser Mitglied, der Schlosser
Walter Baumann
Oberkänstliche, Edisonstraße,
am 15. März gestorben ist.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am Montag, den 19. März, nachmittags 4 Uhr, von der Leichenhalle des Gemeindefriedhofes in Oberkänstliche aus statt.
Hohe Beteiligung wird erwartet.

Nachruf.

Den Kollegen seiner zur Nachricht, daß unser Mitglied, der Rennfahrer
Paul Schrobendorff
Gartenplatz 2,
am 14. März gestorben ist.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am

Gesangverein Maientraum.

Als 3. Vorsitzender aus unserer Mitte ist am 28. Februar 1917 unser lieber Gesangsbruder, der Sänger
Richard Meuche
im 59. Lebensjahre.
Der Verein wird seiner stets ehrend gedenken.
Der Vorstand.
Stamm führt der Sänger!

Verb. d. Schneider, Schneiderinnen u. Wäschearbeiter Deutschlands.

Unterstützung zur Nachricht, daß der tüchtvolle Hochmeister, Kollege
Ferdinand Schröder
geb. 15. 2. 1858
am 13. März 1917 gestorben ist.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am Sonntag, den 19. März, nachmittags 2 1/2 Uhr, von der Leichenhalle des hiesigen Friedhofes, Hermannstr. 99, aus statt.
Hohe Beteiligung erwünscht.
Die Ortsverwaltung.

Nachruf.

Als Opfer des Weltkrieges starb am 19. März d. J. an einer Lungenerkrankung im Lazarett unser lieber Kollege, der Tischler und Handfärrmann
Gustav Otto
im Alter von 43 Jahren. 63
Wir werden ihm stets ein ehrendes Andenken bewahren.
Die Kollegenschaft
der Firma
Emil Trebesius & Knappe
Königsberger Straße 120.

Schwimmverein „Vorwärts“

Berlin 1897.
Allen Mitgliedern die traurige Nachricht, daß unser aller Schwimmgenosse
Max Dahse
nach kurzer Krankheit gestorben ist.
Wir verlieren in dem Entschlafenen einen in der Schwimmwelt groß geachteten Genossen, welcher überall die Interessen des Vereins wahrgenommen hat.
Ein ehrendes Andenken bewahrt ihm.
Der Vorstand.

Deutscher Transportarbeiter-Verband.

Bezirksverwaltung Groß-Berlin.
Den Mitgliedern zur Nachricht, daß unser Kollege, der Hausdiener
Rudolf Krause
von der Firma Vorwärts-Fruchter Berlin, Lindenstr. 3, am 14. März im Alter von 21 Jahren verstorben ist.
Die Beerdigung findet am Montag, den 19. März, nachmittags 4 1/2 Uhr, von der Leichenhalle des hiesigen Zentral-Friedhofes in Friedrichshagen aus statt.
Hohe Beteiligung wird erwünscht.

Nachruf.

Den Mitgliedern seiner zur Nachricht, daß unser Kollege, der Fuhrer
Friedrich Rammelt
von der Firma Franz Glüde, Berlin, Kungelstr. 16, am 13. März im Alter von 63 Jahren verstorben ist.
Die Beerdigung findet am Dienstag, den 20. März, nachmittags 2 1/2 Uhr, von der Leichenhalle des hiesigen Friedhofes Berlin, Mühlentw. 44/45, aus statt.

Nachruf.

Den Mitgliedern seiner zur Nachricht, daß unser Kollege, der Drochsenführer
Ludwig Nahrstädt
am 1. März im Alter von 63 Jahren verstorben ist.
Ehre ihrem Andenken!
Die Bezirksverwaltung.

Sozialdemokratischer Ortsverein Neukölln.

Am 12. März verstarb der Genosse
Julius Tyra
im 50. Lebensjahre.
Die Beerdigung findet am Sonntag, den 18. März, nachmittags 3 Uhr, von der Leichenhalle des hiesigen Sozialdemokratischen Friedhofes, Hermannstr. 99, aus statt.
Hohe Beteiligung erwünscht.
Der Vorstand.

Nachruf.

Als Opfer des Weltkrieges starb am 19. März d. J. an einer Lungenerkrankung im Lazarett unser lieber Kollege, der Tischler und Handfärrmann
Gustav Otto
im Alter von 43 Jahren. 63
Wir werden ihm stets ein ehrendes Andenken bewahren.
Die Kollegenschaft
der Firma
Emil Trebesius & Knappe
Königsberger Straße 120.

Arbeiter-Radfahrer-Bund „Solidarität“.

Mitgliedschaft Neukölln.
Als neues Opfer dieses Weltkrieges ist am 27. Oktober 1916 unser treuer Mitglied
Walter Gummich
Ehre seinem Andenken!
Die Ortsverwaltung.

Nachruf.

Am 14. März d. J. starb unser Zimmerpolier, Herr
Friedrich Eidtner
Seit 1910 als erster Polier bei uns tätig, verlieren wir in dem Verstorbenen einen treuen Mitarbeiter, der infolge seiner vielseitigen Kenntnisse, reichen Erfahrung und großen Umsicht unser volles Vertrauen genoß. Schwer leidend, hat er bis zum letzten Augenblick seinen Dienst versehen, bis nach kurzem Krankenlager der Tod seinem Streben ein Ziel setzte. 216/6
Wir betrauern diesen Verlust und werden dem Verstorbenen stets ein ehrendes Andenken bewahren.
Die Direktion der Aktiengesellschaft für Bauausführungen.

Deutscher Banarbeiter-Verband.

Zweigverein Berlin.
Bezirk Norden I.
Am 26. März starb unser Mitglied, der Einhalter
Richard Brauer.
Die Beerdigung findet heute Sonntag, nachmittags 3 Uhr, auf dem Friedhof der Stadt Berlin statt.
Ehre ihrem Andenken!
144/17 Die örtliche Verwaltung.

Bezirk Lichtenberg.

Server starb am 19. März unser Mitglied, der Hilfsarbeiter
Ferdinand Heinrich
Die Beerdigung findet am Dienstag, den 20. März, nachmittags 3 Uhr, in Rixdorf statt.
Ehre ihrem Andenken!
144/17 Die örtliche Verwaltung.

Nachruf.

Den Mitgliedern zur Nachricht, daß unser Kollege, der Mechaniker
Ernst Haas
im Oktober 1916 gestorben ist.
Ehre seinem Andenken!
Ruderverein Vorwärts.

Dankfagung.

Für die vielen Beweise inniger Teilnahme bei der Beerdigung meines lieben Sohnes, meines lieben Bräutigams
Bruno Schmoock
lagen mir allen Beteiligten, insbesondere Herrn Dupont für die tröstlichen Worte am Sarge des Verstorbenen, dem Turnverein Nichte, dem Deutschen Soldaten-Verband, dem Vorstand der Zentral-Krankepflege der Arbeiter Berlin B., sowie den Kollegen der Firma Vorwärts-Gesellschaft, Albert Kumpfmüller, unseren herzlichsten Dank.
Familie A. Schmoock, Martha Benisch

Dankfagung.

Für die vielen Beweise inniger Teilnahme bei der Beerdigung meines lieben Sohnes, meines lieben Bräutigams
Gustav Seifert
lagen mir allen guten Freunden und Bekannten unseren herzlichsten Dank.
Im Namen aller Hinterbliebenen:
Anna Seifert
und Kinder.
Berlin, 16. März 1918.
Wohnstr. 17.

Dankfagung.

Für die herzliche Teilnahme bei der Beerdigung meines lieben Mannes und Vaters, des Schneidermeisters
Georg Neumann, sage ich allen Verwandten und Bekannten und dem Männer-Gesangsverein „Kamenios“ meinen innigsten Dank.
Die trauernde Wittwe Anna Neumann und Kinder.

Dankfagung.

Für die vielen Beweise inniger Teilnahme bei der Beerdigung meines lieben Mannes und Vaters, des Schneidermeisters
Georg Neumann, sage ich allen Verwandten und Bekannten und dem Männer-Gesangsverein „Kamenios“ meinen innigsten Dank.
Die trauernde Wittwe Anna Neumann und Kinder.

Versicherung von Kriegsanleihe

Nach dem Fehlschlagen aller Versuche, Deutschland militärisch zu bezwingen, ist es die letzte Hoffnung der feindlichen Koalition, daß das Reich die Mittel zur weiteren Kriegführung nicht mehr aufbringt; hierdurch soll es zu einem schimpflichen Frieden gezwungen werden, der es zum Bankrott machen und sowohl seine Staats- und Industriepapiere wie auch seine Bank- und Bodenkredit-Obligationen völlig entwertet würde.

Es gilt diese letzte Hoffnung zu zerstören.

Fünfhundert Milliarden Mark müssen für die Führung des Sommerfeldzuges, der über das Schicksal Deutschlands für die nächsten Jahrhunderte entscheidet, bereitgestellt werden. Um dieses Ziel zu erreichen, wurde ein Weg gesucht, der es jedem Mann ermöglicht, nicht nur sein augenblicklich verfügbares Bargeld, sondern auch die sicheren Ersparnisse künftiger Jahre schon jetzt zum Erwerb von Kriegsanleihe zu benutzen.

Diese Möglichkeit bietet unsere vom Kaiserl. Aufsichtsamt für Privatversicherung genehmigte „Kriegsanleiheversicherung“.

Wer z. B. den einmaligen Betrag von Mk. 100.— und fortan vierteljährlich je Mk. 19.50 aufwenden kann, der bewirkt durch den Abschluß einer Kriegsanleiheversicherung die sofortige Zeichnung von Tausend Mark 5prozentiger Kriegsanleihe. Die Versicherung läuft zehn Jahre. Stirbt der Versicherte vor Ablauf derselben — was es auch bereits im ersten Jahre — so folgt die „Arminia“ seinen Angehörigen das auf die Versicherungssumme lautende Stück 5prozentiger Kriegsanleihe ohne jeden Abzug und ohne jede weitere Ratenzahlung aus. Im Erlebenfall erhält der Versicherte selbst die für ihn gezeichnete Summe.

Aufnahmefähig sind alle gerunden männlichen und weiblichen Personen bis zum Eintrittsalter von 50 Jahren. Es findet keine ärztliche Untersuchung statt. Trotzdem gilt die Versicherung vom ersten Tage des Inkrafttretens ab in voller Höhe; auch die Kriegsgefahr ist eingeschlossen. Die Anzahlungen und Beitragssätze sind für jedes Alter und Geschlecht gleich hoch. Höchste Versicherungssumme für eine Person Mk. 5000.—. Der in vielen Bundesstaaten mögliche Abzug der Beiträge vom Steuereinkommen bewirkt Ersparnisse auf Grund welcher der Erwerb von Kriegsanleihe mittels unserer Versicherung vielfach billiger zu stehen kommt, als durch Belohnung zum Höchstbetrage und Abzahlung in gleichen Raten bei den Kriegsdarlehenskassen.

Prospekte und Antragsformulare kostenlos.

Deutsche Lebensversicherungsbank „Arminia“

Altgenossenschaft in München

München, den 15. März 1917.

Dankfagung.

Für die bei der Beerdigung meines Mannes so zahlreich bewiesene Teilnahme sage ich allen Freunden, Kollegen und Bekannten, insbesondere für die tröstlichen Worte des Herrn Pastors meinen aufrichtigsten herzlichsten Dank.
Ew. Juliana Leuschner nebst Kindern.

Steyppdecken

grünlich leuchtend, die
Rahel Wollstraße 72.
Bernhard Strömmer,
Spittelmarkt, Ecke Seydlitzstraße,
Joachimsthaler Str. 25-26.
Hilfsleistung aller Steyppdecken folgende

Unauffällig

reißt einwärts über steinernen Kanten
nicht ab, auch durch stürmische Wetter
mit „Reinigung“.
Hilfsleistung, 14. März 1917, von
Hilfsleistung, 14. März 1917, von
Hilfsleistung, 14. März 1917, von

Prachtstücke - Einzel-Modelle!!

Wunderbare Kostüme — Mantelkleider Seide, Kammergarn, Gahndine, Tuch, beste Qualität, aus erster Meisterhand 500.— 200.— 100.— 150.— 90.— Einfache, gediegene Kostüme, saubere Arbeit, gute Arbeit 90.— 75.— 65.— 50.— 35.— 25%	Saigummi (Seidenmantel) Imprägniert gestalt. gest. (Glocken, usw. weite Formen, an-schlussende Mantelkleider 140.— 120.— 110.— 90.— 80.— 65.— 50% Tasche Gummiartikel mit passender Kapsel 60.— 40.— 30.— 20.— 15%
--	---

Feidenkleider Seidenroste, Wollseide 50.— 45.— 30.— Feidenkleider (Seidenroste) lose Glockenformen 110.— 90.— 75.— 60.— 45.— 30% Feidenkleider 150.— 100.— Seidenroste, Wollseide 50.— 45.— 30.— Feidenkleider (Seidenroste) lose Glockenformen 110.— 90.— 75.— 60.— 45.— 30%	Saigummi (Seidenmantel) Imprägniert gestalt. gest. (Glocken, usw. weite Formen, an-schlussende Mantelkleider 140.— 120.— 110.— 90.— 80.— 65.— 50% Tasche Gummiartikel mit passender Kapsel 60.— 40.— 30.— 20.— 15%
--	---

Pelzmäntel - Plüschmäntel - Ulster

Kostbare Pelzmäntel, Reithäute, Seal, Fohlen, beste Felle, gediegene Arbeit, verschiedene Längen 1500.— 1000.— 700.— 600.— Phantasie-Pelzmäntel 275.— Kleider für stärke Figuren vorrätig. 1. Geschäft: Mohrenstraße 37a.	Prachtstücke in Plüsch, Seal, Astrachan, Mohr-Pelz, die guten alten Friedens-Quitäten, neue Aufmachung 200.— 150.— 100.— Feine Ulster, mögliche Qualitäten 100.— 75.— 50.— Kleider Ulster 30.— 25.— 15.— Kleider für stärke Figuren vorrätig. Kleider für stärke Figuren vorrätig. Kleider für stärke Figuren vorrätig.
---	--

Westmann

II. Geschäft:
Ulster, Frankfurt-Str. 111.

Rahmtennen der Konsumgenossenschaft Berlin und Umgegend

